

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Sonntags als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Jugend-Blatt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 160 Pf., im sonstigen Abonnement nehmen sämtliche Postämter entgegen. Fernsprecher: Gans 1970, 1971 und 1972. Amt Wobbit 2021. Redaktionssekretariat: Zumbell 5503.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, 1.

Die Postgebühren Nonpareille oder deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Inlandsteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M., einschließlich Inlandsteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Aufstakt in Gera

Eröffnungssitzung und Begrüßungsansprachen: Im Zeichen der Einigung!

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Gera, 20. September.

Im festlich geschmückten Saal der Turnhalle, in dem sich die Vertreter der USP. aus allen Ecken Deutschlands versammelt haben, wurde heute der Parteitag der USP. eröffnet. Die Geraer Genossen haben es verstanden, dem Parteitag ein festliches Gewand zu schaffen. Dunkles Blattgrün und das Rot der Banner grüßen uns. Auf den Tafeln stehen die Blumen des Herbstes. Ueber der Bühne leuchtet der Spruch: „Proletarier, vereinigt euch!“, ein Ruf, dessen Erfüllung die Aufgabe des Parteitages ist. Die Tribünen sind überfüllt. Die Arbeiterfänger Geras lassen zur Einleitung der Tagung prächtig das „Heilige Feuer“ und „Lord Folson“ erklingen.

Im Namen der Geraer USP. heißt Genosse Anauß die Delegierten und Gäste herzlich willkommen. Er hofft, daß nichts geschehe, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte. Sie geschähe nicht im Ueberchwang der Gefühle, aber die ökonomische Entwicklung fordere die Einigung. Sie ergibt sich uns auch aus der revolutionären Dialektik. In Gera tagte 1907 die erste farblose Arbeitervereinigung, an der auch unser Genosse August Bebel teilnahm. Im Jahre 1873 wurde hier die erste sozialistische Zeitung gegründet. Der Redner schilderte darauf die mühe- und opfervolle Arbeit der Geraer Genossen, besonders unter dem Sozialistengesetz. Der noch lebende Parteiveteran Bettelein und der leider verlorene Genosse Emanuel Wurm, der 1890 vom Kreis in den Reichstag gewählt wurde, haben sich große Verdienste um die Bewegung erworben. Kämpfe hat die Geraer Arbeiterschaft ungezählte durchfochten. Der Reichliche Wahlrechtsraub hatte einen gewaltigen Massenstreik zur Folge. Im Kriege hat das Geraer Proletariat in beispielloser Einigkeit sich der USP. angeschlossen und ist ihr bis heute treu geblieben in allen Stürmen. Der Kampf um die Wehrmacht durch die Arbeiter. Sie zwangen im offenen Felde ein Bataillon zur Waffenruhe. Leider hat der Kampf 13 teure Opfer gefordert. Immer hatte die USP. in Gera die Führung. Deshalb hat hier die Spaltung auch wenig Schaden können. Gera bleibt die Hochburg des revolutionären Sozialismus, der USP.

Die Einigung der Sozialisten

wird an dem Kampfcharakter der Geraer Arbeiterschaft nichts ändern, nein, sie soll in diesem Geiste vorwärtstreiben. Genosse Anauß konnte dann noch mit Stolz auf die multirakalische Gewerkschafts- und Genossenschaftsarbeit, auf die sozialistische Bildungsarbeit, auf die Volkshochschule und auf den praktischen Geist der Frauen hinweisen. Die Frauen berechnen zu großen Hoffnungen. So geben wir mit vollem Binde und frischen Arbeitsmut in die vereinigte Partei, in der uns niemand den Platz streitig machen kann. Wir werden nicht ruhen und rufen, bis der Klassenkampf unser Gemeingut ist. (Großer Beifall.)

Nun begrüßte Genosse Crispian den Parteitag. Zunächst gedenkt er der Toten der Partei, der Genossen Zieg und des Genossen Däumla, der vielen anderen und auch der SPD-Genossen Hue und Diez. Der Parteitag nimmt lebend ernst die Ehrung der Toten vor.

Genosse Crispian bespricht dann die innerpolitische Entwicklung Deutschlands in den letzten Monaten, insbesondere seit der Ermordung Rathenaus und kommt auf die Wettkämpfe der kapitalistischen Mächte in der ganzen Welt zu sprechen. Ueberall setzen sich

Reichen der allgemeinen Auslösung

Leider ist bei weiten Kreisen der Arbeiterschaft Verwirrung zu verzeichnen. Die Arbeiter sollten von der bürgerlichen Reaktion lernen, die nicht untätig beiseite steht und nicht daran denkt, sich von ihren Gegnern unterkriegen zu lassen. Die Reaktion rüht zu einem Generalsturm, der seinen Aufstakt erleben wird, wenn der Reichstag wieder zusammentritt. Stimmes und die Herren vom schweren Kapital bereiten einen Angriff auf die Regierung vor. Sie fordern vier der wichtigsten Ministerposten. In dem Vertrag zwischen Stinnes und Luberac ist die Mitwirkung der deutschen und französischen Arbeiterschaft ausgeschlossen, aber es sind bereits deutsche, französische und englische Arbeitervertreter zusammengewesen und waren sich einig darüber, daß in allen drei Ländern das Proletariat kämpfen muß, um Anteil an diesem Abkommen zu haben, um mitanzusprechen und um die Macht des Proletariats in diesen Vertrag einzuschalten. Gegenüber den Angriffen der Kommunisten wiederholt

Crispian die Feststellung der Gewerkschaften, daß Luberac in Verbindung steht mit zwei französischen Gewerkschaften, an deren Spitze Komunisten stehen. Der deutsch-nationale Vertretertag hat eine Kampfansage erlassen. In dem unausbleiblichen Entscheidungskampf

zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird der Kommunismus auf der Strecke bleiben. Traurig ist es, daß die Reaktionsäre Helfershelfer in den Kommunisten finden, wie wir das schon bei den thüringischen Wahlen erlebt haben. Die „rote Fahne“ hat über den Ausgang dieser Wahlen triumphiert, und in Braunschweig und Sachsen, überall stürmen die Kommunisten gegen die sozialistischen Regierungen an und berechnen ebenso wie die Deutschnationalen die Machtposition des Proletariats. Wir aber bleiben treu dem Sozialismus, an dessen Zukunft wir fest glauben. Wir fühlen uns Mannes genug, in welcher Zeit wir auch sind, gute bewährte Sozialisten zu bleiben. Keiner von uns gibt seine Ueberzeugung auf, keiner widerruft eine Tat, die er getan hat im Interesse des Proletariats. Stolz und aufrechten Herzens schlagen wir ein in die Bruderhand, die uns entgegenreicht ist, um

an der Einigung des Proletariats mit aller Kraft zu arbeiten. Das Proletariat ist in Not, die Reaktion rüht. Helfen wir dem Proletariat. Geben Sie ein leuchtendes Beispiel von Selbstverleugnung, drücken wir die persönlichen Interessen zurück, die wir alle erlebt haben. Das Proletariat fordert von uns, daß wir zeigen, daß wir die geschichtlichen Aufgaben beiseite, die uns die Gegenwart gestellt hat. Die Reaktion kann nur zerfallen werden durch das einzige, klassenbewußte handelnde und kämpfende Proletariat. Das Klassenbewußtsein, den Geist des Klassenkampfes wachzurufen in allen Männern und Frauen aller Länder, das ist unsere Aufgabe. So schaffen wir ein unüberwindliches Proletariat, das nicht nur kämpfen, das siegen wird, das den Sozialismus zum Siege führen wird gegen alle Gewalten, die sich ihm entgegenstellen. Dieser Geist befecht uns, und in diesem Geiste werden wir arbeiten auf unserem Parteitag. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nun eröffnet Genosse Crispian im Namen der Zentrale den Parteitag und erücht um die Vornahme der Wahl von zwei Vorsitzenden. Genosse Kriete-Verlin schlägt vor, die Genossen Wilhelm Dittmann und Wilhelm Voß-Gotha, letzteren als unseren Parteiveteran, der am Gothaer-Wiedervereinigungskongreß 1876 teilnahm. Die Wahl erfolgt einstimmig. Als Schriftführer werden gewählt: Genosse Christmann-Darmen, Genosse Weis-Gagen, Genossin Ploette-Weipia, Genosse Danien-Axel, Genosse Hoffmann-Mannheim, Genosse Harauß-Berlin, Genosse Pappenheim-Schmalzden und Genosse Dieckmann-Salwedel. In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Genossin Joella-Düsseldorf, Genosse Ferkel-München, Genosse Heiden-Stollen, Genosse Rinkel-Göppingen, Genossin Thiel-Weipia, Genosse Theil-Bremen, Genosse Schachmann-Grünberg, Genosse Bergholz-Heib, Genosse Affel-Magdeburg.

Die vorliegende Geschäftsordnung findet Genehmigung. Als Tagungszeit schlägt Genosse Dittmann als Vorsitzender die Zeit von 9-1 und 3-7 vor. Dem wird entsprochen. Zur Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor: 1. Punkt: Geschäfts- und Klassenbericht (Genosse Ludwig). 2. Bericht der Reichstagsfraktion (bei diesem Punkt wird behandelt durch den Genossen Dr. Herb die Wirtschaftslage, insbesondere die Getreideumlage und durch den Genossen Diferding das Reparationsproblem.) 3. Die Einigung des Proletariats (Genosse Crispian und Ledebour).

Begrüßungsansprachen

sind einocanaan von den sozialistischen Parteien in Luxemburg, Polen (Unabhängige), der Schweiz, Italien, Südflawien und von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, die die Ankunft ihres Vertreters Schinwell auf dem Parteitag ankündigt. Persönlich erschienen sind Frau Kain-Blau (Sozialdemokratische Partei Lettlands), Abramowitsch-Berlin (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands), Schreider (Linke Sozialrevolutionäre), Tschernoff (Sozialrevolutionäre) und der Sekretär der Wiener Internationale, Dr. Friedrich Adler-Wien.

Die Begrüßungsansprachen

An einer Begrüßungsansprache erhält das Wort Genossin Kainin. Sie schildert in deutscher Sprache die Arbeit der lettischen Sozialisten.

Sie weist darauf hin, daß das deutsche Proletariat der Lehrenter des Weltproletariats genannt wird, daß jetzt, wo die Einigung sich vollziehen soll, alle Hoffnungen sich konzentrieren auf die USP., die im Kriege das Banner des internationalen Sozialismus hochhielt. Rednerin weist auf die Fälligkeit der Genossen Gaaie und Ledebour während des Krieges hin. Beide Genossen hätten unerklärterweise das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verteidigt und die lettische Bevölkerung vor Uebergriffen geschützt. Genossin Kainin wünscht, daß die USP. den Geist des revolutionären Sozialismus mit in die Vereinigte Partei hinüberbringe.

um die Arbeiterpartei vorwärts zu führen. (Beifall.)

Für die sozialistische Arbeiterpartei Rußlands spricht

Genosse Abramowitsch.

Seidem er auf dem Weisauer Parteitag in diesem Jahre auf den Terror der Bolschewiki hingewiesen und die USP. daacaaen aufs schärfste protestiert habe, seien die Verfolgungen gegen die Sozialisten in Rußland nicht eingestelt worden. Laatsächlich werden noch Genossen einackerert und nach entfernten Gebieten verbannt. Daacaaen machen die Bolschewiki dem ausländischen Kapital langjährige Konzessionen und machen so

Rußland zu einer Kolonie

des internationalen Kapitals. Durch die Prinzipien des internationalen Sozialismus, durch die tatkräftige Arbeit aller internationalen Arbeiterorganisationen und durch Unterstützung der Demokratie in Rußland müsse die Politik der Bolschewiki durchkreuzt werden. Redner begrüßt die Wiedervereinigung des sozialistischen Proletariats in Deutschland.

Genosse Schreider von den Linken Sozialrevolutionären rüchtete eine Reihe Fragen an den Parteitag über die Einigung, die er als Ausländer nicht begreifen kann. Er polemisiert gegen die Koalitionspolitik, nicht Verträge mit Rußland und breitet sich dabei so aus, daß der Vorsitzende ihn bitten muß, polemische Ausführungen zu unterlassen. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die Weltrevolution siege.

Genosse Tschernoff von den Sozialrevolutionären dankt der USP. für ihre große Hilfe bei der Verteidigung seiner Genossen in Rußland, wobei er besonders den Gen. Rosenfeld und Kieblrecht für die Verteidigung der Todesverurteilten dankt. Er wünscht, es möge in der USPD, der echte unabhängige Geist herrschen. Von den Sozialdemokraten Luxemburgs ist ein Begrüßungsschreiben und auch ein Vertreter angelangt. Die Sozialdemokratische Partei Frankreichs sendet ihre Glückwünsche, da sie keine Delegation entsenden kann.

Mit Beifall begrüßt, nimmt dann der Sekretär der Wiener internationalen Arbeitsgemeinschaft,

Genosse Friedrich Adler-Wien

das Wort. Er bezeichnet die Einigung als Mittel, die Aktionskraft des Proletariats zu heigern. Nächstem und kritisch sind die Gründe der Einigung zu erörtern. Ihr stehen auch große berechtigte Bedenken entgegen. Dieser Schritt zwinat sich aber mit Notwendigkeit auf, weil wir eine historische geänderte Situation haben. Die USP. hatte die Aufgabe, die sozialistische Ideologie in schwerer Zeit aufrecht zu erhalten. Sie hat die USP. ganz erfüllt, ganz allein geleitet. Jetzt aber befinden wir uns in einer reaktionären Periode, in der eine Differenzierung der proletarischen Parteien eines Landes nicht mehr erträglich ist. In Österreich ringen die Gegenläge in einer Partei. Die Kommunisten können auch nur praktische Politik machen. Prinzipielle Gegenläge in Tagesfragen sind nicht mehr nennenswert. Deshalb

müssen wir uns einigen

und die Gedanken der USP. zum Siege bringen. Wir haben die Gegenwart in den Dienst der Zukunftsinteressen zu stellen. Die Frage bleibt nur, wie die Einigung zu vollziehen ist. Die internationale Arbeitsgemeinschaft in Wien kann nicht den Kampf des deutschen Proletariats demmen. Ihr Ziel war

die internationale Einigung.

Sie muß der deutschen Einigung folgen. Ohne das deutsche Proletariat gibt es keine internationale. Bei der deutschen Einigung muß und wird gegenüber den beiden internationalen Gemeinschaften die Gleichberechtigung herrschen. Wenn es bis jetzt nur am Widerstande von links bis rechts gezeichnet ist, das ganze Weltproletariat zusammenzuschweißen, geben wir das Ziel nicht auf. Wir können nicht warten, bis in Moskau Vernunft einkehrt.

Die Spaltung wirkt schwächend.

Die sozialistische Einigung wird stärkend wirken auf die Kämpfe des deutschen und internationalen Proletariats. (Beifall.)

Der Vorsitzende Dittmann dankt den Rednern und gibt die Vertiefung der Treue zum revolutionären Sozialismus ab. Mit Kampfgeistern der Arbeiterfänger schließt der Begrüßungsabend.

Der S. P. D. Parteitag zum Schutz der Republik

Der Parteivorstand hat dem Parteitag einen Antrag vorgelegt, der sich mit dem Schutz der Republik, der Demokratisierung der Verwaltung, und Abfindung der Fürstenthümer befaßt. Der Antrag lautet:

Der Schutz der deutschen Republik gegen jeden monarchistischen Angriff durch Erziehung der breiten Masse des Volkes zu demokratischer und republikanischer Staatsgestaltung und durch Stärkung der proletarischen Kampffront zur Abwehr der nationalistischen Propaganda ist die dringendste Aufgabe der Sozialdemokratie. Für die kraftvolle Durchführung der Gesetze zum Schutze der Republik wird die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft in allen von ihr vertretenen politischen Machtpositionen einsetzen. Vor allem ist es notwendig, den staatlichen Verwaltungsapparat dem Einflusse der monarchistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Revision und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Frucht dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden. Ueber die reine Personalreform in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsorganisation, die Zulassung der Angehörigen aller Bevölkerungsklassen zur Beamtenlaufbahn, Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden staatlichen Einflusses auf die Befehls- und politischen Beamtenposten notwendig. Der Parteitag bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstentümern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungeklärte Lage wird immer mehr zur Verschleierung der tatsächlichen Besitzverhältnisse im Interesse der ehemaligen Fürsten und zur Befruchtung der monarchistischen Agitation führen. Der Parteitag erwartet, daß die Genossen in den Regierungen und Parlamenten der Länder, auf schleunige Durchführung der Auseinandersetzungen dringen. Dabei ist auf die Entschleunigung der meisten angeblich fürstlichen Vermögen aus Steuermitteln des Volkes Rücksicht zu nehmen. Die aus Mitteln der Allgemeinheit erwachsenen Vermögen, Wandentwürfe, Anstaltsgebäude usw. sind der Allgemeinheit unbedingt zu erhalten.

Gegen den Lebensmittelwucher

Augsburg, 20. September (Eig. Drahtbericht).

Die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und Verbrauchsgüter, die der Entwertung der Mark folgte, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der Angestellten, Beamten und weiter Schichten des Mittelstandes auf einen Tiefstand, der politisch für die deutsche Republik eine schwere Gefahr bedeutet.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Entwertung der Mark im wesentlichen durch das rückwärtslose Verhalten der Entente hervorgerufen wurde, so darf nicht übersehen werden, daß die hieraus resultierenden Uebelstände sich durch Treibereien an der Börse und am Warenmarkt verschlimmert haben.

Der Parteitag fordert, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen hiergegen ergreift. Insbesondere muß eingeschritten werden gegen die Geschäftsabschlüsse, die im inländischen Warenverkehr in fremder Währung erzwungen werden.

Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Spekulation im Devisenverkehr beseitigt wird.

Die Einfuhr ist auf das notwendige Maß zu beschränken, die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen.

Die Regierung muß gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Trusts eine strenge Kontrolle üben.

Zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Die im Gesetz als Umlage festgesetzte Getreidemenge ist restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich an den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden kann.

2. Verbot gewerbmäßiger Herstellung und Festhalten von Kuchen und Konditoreiwaren.

3. Heranziehung aller leistungsfähigen Kreise von Handel und Industrie zur Aufbringung der Mittel für den Lebensbedarf der am schwersten leidenden Volksteile. (Sozial-, Kleinrentner usw.).

4. Beanstandung der Abschlüsse von Lieferverträgen für Kartoffeln. Ist die Versorgung durch freiwillige Vertragsabschlüsse nicht zu erreichen, so ist die Lieferung zu erzwingen.

5. Der Zucker aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe, die Zucker verarbeiten, sind auf den Bezug von Auslandszucker zu verzichten. Zur Sicherung der Kontrolle darf der Auslandszucker nicht geblaut werden, der Auslandszucker ist nur geblaut hereinzulassen.

6. Soweit die Preisfrage es gestattet, ist die Einfuhr von Getreide aus begünstigten Ländern.

7. Sicherstellung der für Kinder und Kranke notwendigen Milch, wenn nicht anders zu erreichen durch Verbot der Herstellung von Butter.

8. Hier darf nur bis zu einem Stammwürzgehalt von 8 Proz. hergeleitet werden.

9. Die Herstellung von Spirit ist in diesem Jahre nur für technische Zwecke zugelassen.

10. Festsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr für alle Schanstätten, die Weinbranntwein ausgeben.

11. Strenge Durchführung der Wuchergesetze, keine Milderung, sondern Verschärfung.

Der Parteitag erwartet von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Entschiedenheit diese Forderungen zur Durchführung bringt.

Für die Kriegsoffer und Sozialrentner

Augsburg, 20. September (Eig. Drahtbericht).

Die sozialpolitischen Gesetze des Reiches sind angesichts der furchtbaren Not unseres Volkes völlig ungenügend. Daher fordert der Parteitag unsere Reichstagsfraktion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpolitischen Gesetze schleunigst mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. Die Leistungen für die Kriegsoffer und die Opfer der Arbeit, die Verunglückten und Arbeitslosen, für die Kranken und Invaliden und sonstigen Minderbemittelten einschließlich der Rentlosen, für die Wöchnerinnen und Neugeborenen müssen erhöht, die Reichsversicherung muß im Sinne einer allgemeinen Volksfürsorge vereinfacht und vereinfacht und von allen Hemmungen durch Unternehmer und Bürokraten befreit, die Notmaßnahmen müssen im Geiste weitherziger Fürsorge durchgeführt werden.

Eine Forderung solcher wirtschaftlichen Noterleichterungen ist indes erst erreichbar durch die organisatorische Umgestaltung unserer Wirtschaft, die als ersten Schritt den Arbeitnehmern auch auf diesem Gebiete die gleichberechtigte Mitwirkung mit dem Kapital in den Kartellen, Konzernen, Syndikaten u. a. bringt. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck jede dahingehende Forderung zu vertreten.

Die englisch-französischen Orientverhandlungen

(E.C.) Paris, 20. September. Die Konferenz zwischen Lord Curzon und dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré dauerte heute von 10.45 Uhr vormittags bis 1.15 Uhr nachmittags. Beim Verlassen des Quai d'Orsay erklärte Lord Curzon den Journalisten: Mit Poincaré hat eine lange Unterredung stattgefunden. Wir hoffen, zu einem Einvernehmen zu gelangen, aber man muß sehr geduldig sein. Die Besprechungen sollen um 3.30 Uhr nachmittags wieder aufgenommen werden. Wir glauben, zu wissen, daß sich im Laufe der Unterredung schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lord Curzon geltend machten. Man hatte den Eindruck, als ob die beiden Staatsmänner einander nicht verstanden.

Heute nachmittag von 3 bis 3.30 Uhr war eine Unterredung zwischen Lord Curzon und dem italienischen Botschafter in Paris, Graf Sforza. Sodann fuhr Lord Curzon wieder zum Quai d'Orsay, wo er zunächst eine lange Besprechung mit Poincaré hatte. Im Laufe des nachmittags soll auch Graf Sforza zu den Beratungen gezogen werden.

Der türkische Ministerpräsident Pasifisch ist heute aus Marivanbad kommend, hier eingetroffen.

Eine neue Orient-Konferenz beschlossen

(E.C.) Paris, 20. September. Heute nachmittags 3 1/2 Uhr benannten im französischen Außenministerium die Besprechungen zwischen Lord Curzon, Poincaré und dem Grafen Sforza. Auch der englische Admiral Lord Beatty und der französische Admiral Grassie waren anwesend. Erhielt erlittete Bericht über die militärische und maritime Lage an den Meeresküsten. An der Besprechung zwischen Lord Curzon, Poincaré und Graf Sforza wurde die Vereinbarung getroffen, so rasch wie möglich eine Konferenz einzuberufen, auf der Frankreich, England, Italien, Japan, Rumänien, Serbien, die Türkei und Griechenland vertreten sein sollen. Auf dieser Konferenz soll der Friedensvertrag zwischen Griechenland, der Türkei und den Alliierten

besprochen werden.

Die Konferenz soll in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden.

Die Konferenz soll in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden.

Die Konferenz soll in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden.

Die Konferenz soll in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden.

ausgearbeitet werden. Nächsten Freitag nachmittags wird eine unerliche Zusammenkunft zwischen Lord Curzon und Poincaré stattfinden. In der Zwischenzeit wird Lord Curzon neue Anweisungen von seiner Regierung erlangen.

Angoras Friedensbedingungen

(E.C.) Konstantinopel, 20. September. Aus Adana wird gemeldet: Die türkische Regierung betrachtet nach einer offiziellen Erklärung die Frage des Friedensschlusses im Orient unter folgenden Gesichtspunkten: Es sind zwei Fragen im Orient, nämlich 1. die der Meerengen und 2. die von Konstantinopel und Thrakien. — Die Meerengenfrage besteht nicht, da die Regierung der großen Nationalversammlung vor zwei Jahren einen nationalen Pakt unterbreitete, in dem sie den Grundlag der Freiheit der Meerengen angenommen hat. Die Regierung der großen Nationalversammlung ist bereit, über die Einzelheiten der Frage zu verhandeln. Bezüglich Konstantinopels und Thrakiens wird die Regierung der großen Nationalversammlung die Rückgabe Konstantinopels und Thrakiens an die Türkei fordern.

(E.P.) Paris, 20. September. Der Vertreter der Regierung äußerte einem Korrespondenten des „Temps“ gegenüber, daß die türkischen Truppen die Grenze der neutralen Zone nicht überschreiten werden. Sie werden in ihren gegenwärtigen Stellungen die Eröffnung von Verhandlungen abwarten.

Die Reichsbank-Garantien ausreichend

(W.B.) London, 20. September. Der Berichterstatter des „Morning Post“ hatte eine Unterredung mit Theunis über die Frage der deutschen Schatzbons, der ihm erklärte, daß die Garantien der Reichsbank für die Schatzbons ausreichend erschienen. Die Frage des Wertes der Papiere sei eine banktechnische Frage; nun seien sich aber die Bankiers über den Wert der Papiere einig. Der beste Beweis dafür sei, daß Belgien sie schleunigst diskontieren lassen werde. Auf eine Frage, ob Belgien an den Besprechungen Davenport in London beteiligt gewesen sei, und ob diese nicht eine Rückwirkung auf die von der Reparationskommission gefasste Entscheidung haben könnte, erklärte Theunis: In keiner Weise, wir haben den Verhandlungen in London ferngeblieben. Wir werden von Deutschland im Einklang mit der Entscheidung der Reparationskommission Vorschlag erhalten. Die Reparationskommission wird von dieser Tatsache Kenntnis nehmen. (Mancipr., der französische Vertreter in der Reps), gab eine gleichlautende Erklärung ab. D. Ned. d. Fr.).

(W.B.) Brüssel, 20. September. In amtlichen, finanziellen und Journalistenkreisen zeigt man sich allgemein besorgt über das Ergebnis der belgisch-deutschen Verhandlungen, die zu einem Einverständnis geführt hätten.

Die neuen Lehrlingsbezüge

Der preussische Minister des Innern, Severing, hat, wie die B. P. N. an zuständiger Stelle erfahren, soeben eine Verfügung herausgegeben, nach der die Lehrlingsbezüge folgendermaßen neu geregelt werden:

Nach dem mit den Arbeitgebervertreterungen getroffenen jüngsten Ergänzungsabkommen vom 1. August erhalten Lehrlinge, die unter Teilarbeitsvertrag am 4. Juni 1920 fallen, an Gesamtbezüge monatlich im ersten Lehrjahre in Ostfriesland A 850.—, B 800.—, C 750.—, D 700.—, E 650.— M.; im zweiten Lehrjahre in Ostfriesland A 1050.—, B 1000.—, C 950.—, D 900.—, E 850.— M.; im dritten Lehrjahre in Ostfriesland A 1400.—, B 1350.—, C 1300.—, D 1250.—, E 1200.— M. Unter Gesamtvergütung ist die Grundvergütung nebst den Teuerungszuschüssen zu verstehen.

Brokdorff-Rangau als Volkshasser in Moskau

DA. Berlin, 20. September. Der frühere Reichsaußenminister Graf Brokdorff-Rangau ist zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt. Das Aremement für ihn ist bereits nachgefragt und dürfte, soweit die Vorverhandlungen in Berlin ergeben haben, ohne weiteres erteilt werden.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Eine neue Verbindung in Verbindung mit dem Landgrafen-Anschlag auf das Mannheimer Volkshaus wurde in München vorgenommen.

Die Akademie der Arbeit

Das erste Semester des zweiten Lehrgangs.

Die Akademie der Arbeit zu Frankfurt a. M. hat am 1. Mai dieses Jahres ihren zweiten Lehrgang eröffnet. Seine Dauer soll die gleiche sein, wie die des ersten Lehrgangs; er soll sich bis zum 15. Februar 1923 erstrecken. Das erste Semester dieses Lehrgangs ist am 27. Juli zu Ende gegangen. Die Leitung der Akademie lag während dieses Semesters in der Hand von Prof. Pape. Neben ihm wirkten Dr. E. Michel, Friedr. Schütz und Dr. Sturmweis, und als Hauptamtlieferer Dozent für Wirtschaftswissenschaft der Berliner Privatdozent Dr. Euden. Als nebenamtliche Dozenten waren tätig: Prof. Verloff (Volkswirtschaftslehre), Prof. Weyer und Prof. Dessauer (Technologie), Prof. Schmidt (Wirtschafts- und Steuer), E. Graf Stuttgart (Wirtschaftsgeographie), Prof. Steche (Biologie), Prof. Einzweimer (Arbeitsrecht), Prof. Dr. Michel (Schlichtungsweesen), Dr. Rosenstock (Aufbau der Verwaltung und Justiz), Dr. Quora (Rechtsverfassung).

Die Zahl der Hörer beläuft sich im zweiten Lehrgang auf 60. Davon sind 41 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund entsandt, 2 vom A.M.-Bund, 1 vom Deutschen Gewerkschaftsbund, 3 von der Stadt Frankfurt a. M., 11 vom Schweizerischen Arbeiterbildungsausschuss; 1 Hörer beteiligt sich auf eigene Kosten auf Grund eines Stipendiums, das ihm von der thüringischen Regierung aus der Hugo-Deryfeld-Stiftung überwiesen worden ist. Daß die Hörerzahl nicht unerheblich hinter der des ersten Lehrgangs zurückbleibt, ist eine bedauerliche Folge der Geldentwertung und Teuerung, die diesmal den Gewerkschaften ganz andere Ausgaben für die entsandten Hörer auferlegte. Es ist zu hoffen, daß bei der Beibehaltung des nächsten Lehrgangs der Akademie hierin Wandel geschaffen wird, wofür vor allem die Bereitstellung viel größerer öffentlicher Mittel zur Bewährung von Zuschüssen für die Hörer der Akademie der Arbeit erforderlich ist. Auf diese Weise würde wesentlich auch ein zweiter bedauerlicher Mangel in der Zusammenfassung der Hörerschaft beseitigt, nämlich der, daß diesmal — wie übrigens auch im vorigen Lehrgang — nur eine einzige Frau unter den Besuchern der Akademie zu finden ist. Ein anderes Bedauern dagegen, das im vorigen Jahre sich nicht hat bemerkbar lassen, ist in diesem Jahre von besserem Erfolg begleitet gewesen; es ist gelungen, auch Ausländer zur Teilnahme an der Akademie heranzuziehen. Durch Vermittlung des Nationalrats Reinhardt (Wern) sind mit Genehmigung des preussischen Unterrichtsministeriums

vom Schweizerischen Arbeiterbildungsausschuss in Bern 11 Schweizer nach Frankfurt entsandt worden.

Das Alter der Hörer schwankt zwischen 18 und 30 Jahren. Am stärksten vertreten sind die Jahrgangsklassen zwischen 25 und 30; nur die Schweizer Hörer sind fast alle jünger, zum großen Teil unter 20.

Hervorzuheben ist, daß in diesem Lehrgang das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Gewerkschaftsfunktionären und solchen Hörern, die unmittelbar aus dem Betrieb kommen, sich gegenüber der zweiten Kategorie vermindert hat. Diese machen ungefähr die Hälfte des gesamten Hörerbestandes aus.

Im Mittelpunkt des Unterrichts im ersten Semester stand die Volkswirtschaft. Durch die Gewinnung eines hauptsächlich volkswirtschaftlichen Dozenten für diese Zeit ist es gelungen, eine härtere Zusammenfassung des volkswirtschaftlichen Lehrstoffes zu ermöglichen. An eine durchlaufende Vorlesung über Volkswirtschaftslehre im Umfange mit anschließenden Besprechungen besonders wichtiger Einzelfragen schloßen sich Einzelvorlesungen über Betriebswirtschaftslehre, Bilanz und Steuer, Technologie und Wirtschaftsgeographie an. Für das Gebiet des Rechts, das im zweiten Semester in den Vordergrund treten soll, wurde eine Grundlage geschaffen durch eine Vorlesung über die Grundzüge des Rechts; im letzten Monat schloßen sich daran an Vorlesungen über Arbeitsrecht und über Schlichtungsweesen, die beide im zweiten Semester weiterlaufen werden. Die Behandlung der Arbeitswissenschaft im zweiten und dritten Semester wurde vorbereitet durch eine Vorlesung über die Gesetze der organischen Natur als Grundlage für Volks- und Gewerbehygiene. Zwei Einzelvorlesungen aus dem Gebiete der Politik, über Aufbau und Verwaltung der Justiz und über die Reichsverfassung, schloßen den Kreis der Akademievorlesungen. Die Einführung der Hörer in die geistige Arbeit und die Herstellung der inneren Verbindung zwischen den einzelnen Vorlesungsgebieten war die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften. In diesen waren je 20 Hörer unter Leitung der hauptamtlichen Dozenten für die Dauer des Semesters zu gemeinsamer Arbeit verbunden. Aber auch die übrigen Dozenten waren bestrebt, nach Möglichkeit ihre Vorlesungen in dem Sinne in „Arbeitsgemeinschaften“ zu verpacken, daß sie, soweit irgend möglich, Frage und Antwort an die Stelle des geschlossenen Vortrags treten ließen. Selbstverständlich waren diesem Bestreben durch den Zwang, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein festumgrenztes Gebiet zur Darstellung zu bringen, bestimmte Grenzen gezogen, die sich ohne Gefährdung des Unterrichtsbezwecks nicht überschreiten ließen.

Die allgemeinen Lehrerfahrungen in diesem Semester

lassen sich dahin zusammenfassen, daß nach dem einstimmigen Urteil der Dozenten die Hörer in diesem Jahr sich leichter in den Wissensstoff hineingefunden haben und williger mitgegangen sind als im vergangenen Jahr. Zum Teil mag das damit zusammenhängen, daß der Lehrplan diesmal auf Grund der Erfahrungen des vorigen Jahres (insbesondere) aufgebaut werden konnte und die einzelnen Vorlesungen besser ineinandergriffen. Die Hörer haben mehrfach ihre Freude und Überraschung darüber ausgedrückt, daß so häufig ein und derselbe Gegenstand gleichzeitig in den verschiedenen Vorlesungen und in den Arbeitsgemeinschaften von verschiedenen Seiten behandelt werde und dadurch ein wirkliches Verortwerden mit der Sache möglich sei. Aber auch das Verdienst der Hörer selber am Gelingen des Lehrgangs soll nicht gering angeschlagen werden. Die Teilnehmer haben sich alle Mühe gegeben, objektiv an die behandelnden Fragen heranzutreten und nicht nur von vorgefertigten Meinungen auf Grund des vorgelegten Materials selbstständig ihre Urteile abzugeben.

Am Abend des 7. und 21. Juli haben sich Hörer und Dozenten zu geistlichem Beisammeln vereinigt. Die Abende sind in anregender Stimmung sehr harmonisch verlaufen. Die zweite Veranstaltung hat Vektor Noedemeyer von der Universität Frankfurt durch den Vortrag von ersten und heiteren Gedichten veranschaulicht. Diese Vorträge sollen auch künftig im Dienste kulturpädagogischer Aufgaben in regelmäßigen Abständen in einem Örtchen der Universität stattfinden.

Ein altgriechisches Meisterwerk in einem Garten gefunden.

Eine griechische Statue aus der klassischen Zeit um 300 v. Chr., die von dem britischen Archäologen Prof. Perros Gardner als ein Meisterwerk der hellenischen Kunst festgestellt wurde, ist jetzt in das Ashmolean-Museum zu Oxford gelangt. Das kostbare Werk wurde ganz zufällig von einem Architekten Arnold Mitchell in einem Dorfgarten gefunden. Auf einer Wanderung über Land in der Nähe von Lyme Regis, erzählte der glückliche Finder, verirrte ich mich und trat in den Garten einer dörfligen Besingung, um nach dem richtigen Weg zu fragen. In dem Garten sah ich eine nicht mit Schmutz bedeckte Statue, von der ich zunächst nicht wußte, ob sie aus Stein bestünde. Ich wurde aber trotzdem von den schönen Linien ergriffen. Ruckte sie für einige Schilling, und nach dem ich sie erprobt hatte, stellte ich fest, daß sie aus Marmor war, ein echt archaisches Werk, das in die Nähe der berühmten Elgin-Marmor gehört. Das Bildwerk stellt eine trauernde Frau dar und soll aus Smorna stammen.

Die Debatten in Augsburg

Gegen den Lebensmittelwucher — Um den Schutz der Republik

Augsburg, 20. Sept. (Eigener Drahtbericht).

Um 11 Uhr eröffnet Genosse Weis die Verhandlungen mit der Fraktion, daß dem Genossen Brodwin nicht, wie die „Frankfurter Zeitung“ am Montag behauptet, das Wort entzogen wurde. Hierauf wird die Diskussion fortgesetzt.

Sartorius (Oberschlesien): Wir müssen den deutschen Sozialdemokraten, die heute in Polnisch-Oberschlesien leben, in Dankbarkeit für die opferwillige Tätigkeit im Interesse der deutschen Sozialdemokratie gedenken. (Bravo.) Dem Genossen Braun haben wir dafür zu danken, daß er ein für Breiten und damit für ganz Deutschland gültiges Abstimmungsresultat in Oberschlesien herbeiführen trachtete. Wir werden Oberschlesien nicht zum ausschließlichen Tummelplatz kaiserlicher Bestrebungen machen lassen.

Klara Bohm-Schuch (Berlin): Die Kreise, die heute ihre Ausbungerungspläne betreiben, haben gar kein Interesse an dem Bestande, wohl aber an der Vernichtung der Republik. Wenn wir die aaaa

Ernährungsabotage der Landwirtschaft betrachten, dann sehen wir, wie ernst die Lage für den Staat und besonders für uns Sozialdemokraten ist. Wenn die breiten Massen zur Verzweiflung getrieben werden, kann das nur den Reaktionen nützen. Die Getreidemenge wurde bisher sabotiert. Ausschlagbar wenig ist von dem ersten Drittel eingegangen. Wir Frauen hoffen, daß durch die bevorstehende Einmischung der Sozialisten der Druck auf unsere Geener stärker wird.

Dr. Sirexer (Darmstadt): Mit unseren inneren Nöten werden wir nicht fertig. Solange

der außenpolitische Druck auf uns laftet. Deswegen ist die Frage: Was müssen wir tun, um im Wege der Außenpolitik unsere innenpolitische Lage zu erleichtern? Das Ausland kennt sehr wenig von der wahren Stimmung des deutschen Volkes. Seine Meinung wird durch die Attentatspolitik unserer Reaktionen bestimmt.

Hermann Wendel (Frankfurt a. M.): Die Einigung bedeutet gefühlsmäßig und in der Sehnsucht der Massen alles; aber die Einigung ist nur ein scheinbares Erz und eine klingende Schelle, wenn nicht der feste Wille dahinter steht, sie mit Energie fortzusetzen (sehr richtig). Wir haben aber die feste Vorstellung, daß die Einigung beständig wirken wird. In Deutschland weiß jeder außer dem unglückseligen Herrn Gehler, daß die Wehrmacht der Republik leidet

eine Armee gegen die Republik ist. (Sehr richtig!) Seit dem Kapp-Putsch hat sich eine gewisse Umgestaltung in der Reichswehr vollzogen. Sie besteht darin, daß aus der Reichswehr alle Elemente herausgedrängt werden, die einer republikanischen Gesinnung verdächtig waren. Die Reichswehr ist eine sehr ernste innenpolitische und außenpolitische Gefahr. Wenn einmal der Staat an sein letztes Nachmittel wird appellieren müssen wer könnte mit erblicher Heberzeugung sagen, daß die Reichswehr nicht versagen würde? Reichsminister Gehler ist eine durchaus schwarzweihrote Erscheinung, höchstens mit der schwarzrotgoldenen Färbung. (Beifall.) Der Völkchen des Reichsministers muß mit einem Offizier besetzt werden, der sich als durchaus republikanisch erweisen hat. (Stürmischer Beifall.)

Schubinger (München): Unsere neue Wehrmacht, die der Verteidigung der Republik dienen soll, ist leider nicht zuverlässig genug. Das liegt daran, daß man dem Führerproblem nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Das Reichswehrministerium muß wieder in die Hände der deutschen Arbeiterklasse kommen. (Beifall.)

Markwald (Frankfurt a. M.): Wir verlangen, daß die Praxis der Partei mit den Beschlüssen der Parteitage in Übereinstimmung gebracht werde. In Görlich ist verlangt worden, daß wir nicht in die Regierung gehen werden, wenn nicht die monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr entfernt werden. Nichts ist in dieser Richtung geschehen. Der Parteivorstand darf nicht vor den nächsten Parteitag treten, ohne die Versprechungen von Görlich erfüllt zu haben. Auch beim Steuerkompromiß sind wir tapfer zurückgewichen. Ohne die Erfassung der Schwärze können wir mit neuen Steuern nicht vor das Volk treten. Auf die Frage der Sozialisierung ist stärkeres Gewicht zu legen.

Reichstagspräsident Loebe-Berlin:

Es hat in vielen Kreisen unserer Partei eine gewisse Verstimmlung darüber gegeben, daß sich die Fraktion mit der Zwangsanleihe an Stelle der Sachwerte abfinden mußte. Wir müssen aber im Parlament auch Forderungen erheben, die nicht in den ersten Anstürmen gewonnen werden können. (Sehr richtig) und wir können nicht immer die letzten Konsequenzen ziehen, wenn unsere Forderungen nicht sofort durchgeföhrt werden (sehr gut). Als zum ersten Male die Getreidefrage in der Fraktion zur Debatte stand, waren wir uns darüber schlüssig, daß wir an einem bestimmten Preise festhalten und wenn wir nicht durchbringen, die Verantwortung für Not und Teuerung den bürgerlichen Parteien rechts von uns überlassen müssen. In diesem Augenblick kamen

die Schüsse gegen Rathenau.

Es entstand eine neue Situation. Konnten wir da noch sagen, wir überlassen die Verantwortung den anderen? Es muß immer die Wichtigkeit der Fragen gegeneinander abgemessen werden. (Sehr richtig). Der Fehler liegt darin, daß wir in dem Augenblick, wo wir eine Forderung nicht durchlegen können, diese Forderung selbst verkleinern. Das ist unrichtig. Wir halten an der Forderung der

Erfassung der Sachwerte

fest. Wir kommen damit wieder. Die Verluste der Sachwerte werden bei der Not des Winters vielleicht froh sein, wenn sie mit dem Opfer der Sachwerte davonkommen und nicht mehr Opfer bringen müssen. Ich hoffe, daß es uns

die bevorstehende Einigung

ermöglicht, das Schwergewicht unserer Forderungen zu erhöhen. (Sehr richtig). Wir haben einen Antrag unterbreitet, der die Regierung ermuntern soll, Schritte zur

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

zu unternehmen. Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, diejenigen Tendenzen in der Regierung zu unterstützen, die für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten. Gewiß hat man unsere Rechte mit Füßen getreten, gewiß sind die Mittel des Völkerbundes zum Schutze der nationalen Minderheiten gering, aber eine Aenderung zur Besserung werden wir in der Zukunft am allerwenigsten dadurch erreichen, wenn wir dem Völkerbund fernbleiben.

Woh (Hannover): Das Scheitern unserer Sozialisierungsbewegung hat zur Verschärfung unserer Not beigetragen. Die freie Wirtschaft hat völlig versagt. Die Not des Volkes zwingt uns zu Eingriffen in das Wirtschaftsleben, die von unannehmer Bedeutung sind. Wichtig ist, daß die Fraktion bei ihrer Arbeit von den Massen unterstützt wird. (Sehr richtig.)

Arthur Rolkenbuhr (Aiel): Die Reichsmarine besteht ausschließlich aus ehemaligen Angehörigen der Brigaden Ehrhardt und Loewensfeld. Die republikanischen Elemente wurden völlig aus der Reichswehr entfernt. Das Urteil mancher Marineoffiziere geht dahin, daß die Reichsmarine im gegenwärtigen Augenblick so überflüssig wie nur möglich ist.

Adolf Braun (Partei Vorstand): Die Parteigenossen sollen nicht so empfindlich sein. Das Problem der Sachwerte hatten wir schon in der Nationalversammlung. Damals waren wir stärker als heute im Parlament und es ist uns dennoch nicht gelungen, diese Forderung durchzusetzen. Auch ich bin der Meinung, daß die

Erfassung der Sachwerte eine Notwendigkeit

für uns ist. Das Verständnis für die Agrarfrage ist in der Partei sehr gestiegen. Aber ohne irgendwelche Sympathien für die Herren der Schwerindustrie zu haben, glaube ich doch sagen zu dürfen, daß dort größeres Verständnis für die großen Fragen und nicht der kleinliche Egoismus wie in den Kreisen der Landwirtschaft vorhanden ist. Die Landarbeiter müssen die Verbesserung ihrer Lebenslage gegen die Agrarier und nicht mit den Agrariern durchsetzen.

Der Kampf gegen die Reichswehr

ist das Unpolitischste, das ich mir vorstellen kann. Wir müssen den Soldaten in der Reichswehr beweisen, daß wir ihre Freunde sind. (Sehr richtig.) Wir sind für die Entwaffnung, aber daß wir uns selbst entwaffnen sollen, ist wirklich nicht unsere Aufgabe. Anders steht es mit der Kriegsmarine. Für diese Spielerei brauchen wir kein Geld auszugeben. (Beifall.)

Hermann Müller (Partei Vorstand):

Von der Behandlung der Kulturfragen im Reichstag ist kein Mitglied der Fraktion befreit. Aber die Dinge liegen in Deutschland so, daß wir infolge der schwierigen Lage auf kulturellem Gebiet nicht immer das durchsetzen konnten, was wir durchaus durchsetzen wollten und daß uns

die großen außenpolitischen und die Broitfrage

noch immer sehr auf den Nägeln brennen. Nach dem Oberbürger Parteitag haben wir bei den Verhandlungen, die wir über die Regierungsbildung führten, die Forderung der Erfassung der Sachwerte in den Vordergrund gestellt. Damals haben alle bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie diese Politik nicht mitmachen, wenn nicht die Reparationslasten erleichtert würden. Für uns entstand die Frage, ob wir uns in die Ecke stellen wollten, wenn wir diese Forderungen nicht durchsetzen können. Auch in der Frage der Zwangsanleihe haben wir zunächst an der Goldanleihe festgehalten. Wenn das in der letzten Zeit nicht der Fall war, so lag das an der Geldknappheit, die überall vorherrschte. Wir haben gar keine Ursache, die Politik des früheren Ministers Rosen gegenüber dem Völkerbund zu verteidigen. Wir haben uns für

das Prinzip des Völkerbundes

ausgesprochen, allerdings immer mit dem Gedanken, daß der Völkerbund ein wirtschaftlicher Völkerbund ist. Selbstverständlich sind wir auch bereit, in den Völkerbund einzutreten und für den Eintritt Deutschlands zu wirken. Wir wollen uns aber nicht darüber täuschen, daß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Wille Frankreichs entgegensteht. Nur, wenn wir die volle Gleichberechtigung im Völkerbund haben, sind wir in der Lage, im Bunde für die Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse zu wirken. Es darf nicht so sein, wie im Internationalen Arbeitsamt, wo wir sehr viel zu zahlen haben, wo aber die hervorragenden Stellen von anderen Nationen besetzt sind.

Ueber den Stinnes-Vertrag

haben wir uns im Auswärtigen Ausschuss ausgesprochen. Wir bedauern, daß es trotz der Versprechungen verschiedener deutscher Ministerien zur Behebung der Notlage in den verwaisten Gebieten nicht früher möglich war, zu einem Abkommen auf anderer Grundlage zu kommen. Aber es liegt doch auch daran, daß die französische Regierung früher einjaa nicht wollte.

Wir brauchen

eine gewisse Stetigkeit in der Politik.

Wenn wir dauernd aus der Regierung herausgehen und eine Oppositionspolitik machen, so sände das vielleicht bei den Massen hier und da Anlaß. Aber das wäre eine Politik, die der deutschen Bourgeoisie und den deutschen Kapitalisten zugute kommen würde. Die Partei kann nicht auf die Dauer das Schicksal der Republik der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum überlassen, die von den Deutschnationalen unterstützt werden müssen, wenn sie die Mehrheit erhalten wollen. (Lebhafter Beifall.)

Die Nachmittags Sitzung

Vorsitzender Weis eröffnet die Verhandlungen kurz nach 3 Uhr.

Schäfer-Saarbrücken: Wir im Saargebiet würden ausatmen in dem Augenblick, wo wir wüßten, daß Deutschland im Völkerbund wäre. Die Methode allerdings, mit denen der Völkerbund das Saargebiet verwalten,

spottet jeder Beschreibung.

Das Saargebiet bildet nach dem Ausschiden Oberschlesiens die wichtigste territoriale Frage Deutschlands. Es wird verhindert, daß Vertreter der Parteigewerkschaften und auch Wissenschaftler nach dem Saargebiet kommen, um dort zur Bevölkerung zu sprechen. Im Namen des Völkerbundes, der auf der Basis der Demokratie aufgebaut ist, wird das demokratische Prinzip auf das schauerhafteste verweigert. Als Erzbürger ermordet worden war, wollten wir eine Demonstrationsversammlung machen. Sie wurde uns aber verboten mit der Begründung, daß es uns im Saargebiet nichts angehe, was in Deutschland geschieht. Nach dem Rathenau-Mord wurden uns dieselben Schwierigkeiten gemacht. Wir haben diesmal aber unseren Willen durchgesetzt. Am Versammlungstage hatte die Sozialdemokratische Partei die Reichsflagge. Die französische Polizeiverwaltung hat das verboten. Wir haben uns das nicht verbieten lassen und verlangt, daß zuerst die vielen französischen Fahnen entfernt werden. (Bravo!)

Edstein-Breslau: Wir kämpfen weder gegen die Offiziere, noch die Unteroffiziere, noch die Soldaten der Reichswehr, sondern gegen den Reichswehr-Geist. Die Grenztoten, die vorgekommen sind, wurden gerade von Mannschaften und Unteroffizieren verübt, die darin ihre Lehren suchten, die Offiziere übertröfen haben. Unsere Reichswehr ist nicht in der Lage, gegen die kleinste moderne Armee auch nur irgend einen kleinen Grenzkrieg zu führen. Sie bildet aber

eine außenpolitische Gefahr

dadurch, daß im Auslande der Eindruck erweckt wird, als wollten wir in der Reichswehr Cadres sammeln für einen

Revankrieg. (Lebhafter Widerspruch.) Ich bin davon überzeugt — und das weiß das Ausland —, daß die verreckten Waffen von der Reaktion nicht nur für den „inneren Feind“ gebraucht werden sollen. Für uns ist die Reichswehr kein Instrument, um Unruhen wirklich ernsthaft zu bekämpfen. Bei den März-Unruhen im Jahre 1921 hat es sich bewiesen, daß die Schutzpolizei in dieser Hinsicht viel besser ist als die Reichswehr, und wir danken es Severina, daß er darauf bestanden hat, daß die Reichswehr in Mitteldeutschland nicht eingesetzt werden ist. Stetigkeit in der Politik ist gut, doch darf diese Stetigkeit nicht dazu führen, daß wir uns von den anderen Koalitionsparteien alles gefallen lassen und unsere Politik schließlich zur Politik der Arbeiterfeindschaft wird.

Hermann Müller spricht sich gegen einen Antrag aus, der

die sofortige Entfernung Gehlers

verlangt, weil es unmöglich ist, dieses Verlangen durchzuführen, solange die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht abgeschlossen sind.

Georg Schmidt-Röbenick äußert sich dann im Zusammenhang mit der letzten Rede des Genossen Adolf Braun, daß, wenn die Planwirtschaft eingeföhrt werden muß, sie für alle einzuföhren ist, nicht aber für die Landarbeiter allein.

Bogel-Nürnberg (Schlußwort):

Die Kritik, die an der Fraktion geübt wurde, war wohl mehr als der Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, die wir in Deutschland haben. Bei der Kritik an der Fraktion wurde vielfach vergessen, daß wir in der Minderheit im Reichstag sind. Bei einer Kritik der Reichswehr dürfen wir nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse selbst einen nicht geringen Teil Schuld daran hat, wenn die Reaktion heute in der Reichswehr sehr stark vertritt ist. (Sehr wahr!) Wenn sich wirklich ein Arbeiter gefunden hat, der in die Reichswehr hineingegangen ist, dann wurde er als Bluthund, als Arbeiterverräter bezeichnet. (Sehr gut!)

Indebug auf die Koalitionspolitik

bitten wir, es bei dem zu lassen, wie es im vorigen Jahre im Görlich beschlossen worden ist. Jedes einzelne Mitglied der Fraktion ist bemüht, in vollem Maße seine Pflicht zu erfüllen. Die Fraktion muß aber vom Vertrauen der breiten Massen gestützt und gestärkt werden. (Beifall.)

In der nun folgenden Abstimmung wird zuerst der Antrag des Parteivorstandes

gegen den Lebensmittelwucher angenommen:

Zur Republikanisierung der Reichswehr wurde beschlossen:

1. „Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie der Republikanisierung der Reichswehr die schärfste Aufmerksamkeit zuwenden wird. Der im Dienste der bewaffneten Macht stehende Staatsbürger muß zum verantwortungsbewußten Glied des Volkes erzogen werden, daß zur äußersten Dinge für den Schutz der Republik bereit ist. Die Wehrmacht der Republik darf keine Gefahr für den inneren und äußeren Frieden bedeuten und muß so ausgestaltet sein, daß zwischen ihr und den republikanisch gesinnten Volksmassen ein Verhältnis vollkommenen Vertrauens möglich wird.“

2. „Die Aufsichtnahme der außen- und innenpolitischen Verhältnisse zwingt zur schärfsten Beobachtung der Reichswehr, die nach wie vor ein Fremdkörper in der Republik ist. Die Reichstagsfraktion hat mithin nach Einigung der sozialdemokratischen Parteien unverzüglich darauf zu drängen, daß die immer wieder geforderte Umwandlung der Reichswehr in eine republikanisch zuverlässige Truppe durchgeföhrt wird.“

Weiterhin wurden Anträge angenommen gegen die reaktionären Umtriebe in Bayern, für ein Verbot der schwarzweihroten Fahne und für die Einföhrtung der Reichsflagge als Flagge der Reichswehr sowie der Kriegs- und Handelsschiffe. Zur Frage der

Steuerung der Wohnungsnote

erlaubt der Parteitag die Reichstagsfraktion, sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages von der Reichsregierung die schnelle Vorlage eines Programms für die Finanzierung des Wohnungsbauens in der kommenden Baulampagne und Maßnahmen gegen den Baustoff-Wucher zu verlangen. Weiter fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpolitischen Gesetze, die die Leistungen für die Kriegsoffer, die Opfer der Arbeit, die Kranken usw. regeln, schleunigst mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag des Parteivorstandes betr. den Schutz der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung und die Abfindung der Fürstentümer. Angenommen wurden darauf weiter noch Anträge, die die

Einföhrtung des 1. Mai, des 11. August und des 9. November als gesetzliche Feiertage

fordern und die Aufhebung des Buß- und Bettages verlangen. In einem weiteren Beschluß erklärt der Parteitag, daß er die

Sozialisierung des gesamten Bergbaues

für eine Lebensfrage des wirtschaftlichen Seins der deutschen Republik hält und appelliert an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, alle Kräfte zusammenzufassen, um diese dringliche Lebensfrage baldigst zu lösen. Für Oberschlesien wird schnellste Hilfe verlangt und die Fraktion beauftragt, die Regierung zu veranlassen, daß ausreichende Mittel zur Linderung der Not der ober-schlesischen Flüchtlinge bereitgestellt werden. Einstimmig angenommen werden schließlich noch Anträge gegen den Rahladenwucher, gegen die unglückseligen Besatzungszustände im westlichen Gebietsteil der deutschen Republik und

gegen die Sachleistungen aus dem Friedensvertrage.

die das wirtschaftliche Können Deutschlands weit übersteigen. **Der Völkerbund-Antrag Loebe** wird einstimmig angenommen.

Eine große Reihe von Anträgen wird der Fraktion als Material überwiesen. Abgelehnt wurden Anträge, die die grundsätzliche Verneinung jeder Koalition mit der Volkspartei verlangen. Ein Antrag, der verlangt, die Partei solle mehr den Ausschluß nach links suchen, wird durch die Tatsache als überholt bezeichnet.

Darauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Buchhandlung Freiheit

Urbanstraße 7

Nähe Hallesches Tor

Telephon: Amt Moritzplatz Nr. 16735

Die Konzessionierung des Wuchers

Der Reichsverband Deutscher Obst- und Gemüsehändler hat am Sonntag in Berlin eine öffentliche Versammlung abgehalten, die sich mit der Teuerung beschäftigte. Es ist selbstverständlich, daß die leitenden Herren des Verbandes jede Mitschuld an der Auswucherung des verbrauchenden Publikums weit von sich weisen. Der Kleinhandel, so behauptete der Verbandsdirektor Neubaur, habe auf die Preisbildung keinen Einfluß. Die Hauptursache der Teuerung liege darin, daß unsere internationalen Handelsbeziehungen noch nicht in dem notwendigen Umfange wieder hergestellt seien, und daß die Hochflut an Papiergeld dazu anreize, das Geld in Waren anzulegen. Die Regierung solle, statt sich gegen den Handel beeinflussen zu lassen, gemeinsam mit ihm die Preistreiber bekämpfen. Die Versammlung stimmte dann einer Entschlieung zu, worin folgende Forderungen aufgestellt werden:

„Einführung des Konzessionszwanges für den Handel mit kritischen des täglichen Bedarfs und des Organisationszwanges für den Lebensmittel-Kleinhandel, ferner Anpassung der Preistreiber-Verordnung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, Hinzuziehung von Sachleuten zu den Ermittlungsverfahren vor den ordentlichen Gerichten, völlige Beseitigung der Wucherergerichte, scharfe Beaufsichtigung der Preispolitik der Sandlote und Kartelle, Heranziehung der Dividenden Gewinne in der Industrie zur Durchführung der Erfüllungspolitik und zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage der breiten Masse der Bevölkerung sowie zur Kredithilfe für den Handel und schließlich Beseitigung der Umfahrungen und erhebliche Ermäßigung der Frachttarife für Lebensmittel.“

Im Vordergrund sind also die Herren vom Handel garnicht unbedeutend. Sie verlangen nichts anderes, als daß der Wucher mit der Konzessionierung des Wuchers bekämpft werde. Nun soll gar nicht bestritten werden, daß es zahlreiche Kleinhändler gibt, die eine durchaus proletarische Existenz fristen; aber nicht diese Kreise sind es, denen die Ausbeutung des Volkes zu wucherischen Zwecken zur Last fällt, sondern die kapitalkräftigeren Elemente, die auf den Tagungen ihrer Verbände, in der Presse und auch sonst in der Öffentlichkeit das große Wort führen. Es ist aber eine Tatsache, daß gerade die proletarischen Elemente des Handels, deren Speiseapparat gering ist, wie die Straßenhändler in Berlin und anderen Großstädten, sehr oft mit ihren Preisen hinter den allgemein im Handel üblichen zurückbleiben. Auch die Konsumgenossenschaften zeigen der Hinausschraubung der Preise energischen Widerstand entgegen. Der Konzessionszwang, den der Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler fordert, will nun verhindern, daß diese „außenstehenden“ Kreise den allgemeinen Wucherring durchbrechen.

In der „Frankfurter Zeitung“ werden eine Anzahl Beispiele dafür angeführt, wie Produzenten und Händler gemeinsam die Notlage des verbrauchenden Publikums ausnützen. Eine Automobilfabrik bot am 25. Juli einen Wagen zur Lieferung in drei Wochen an. Am 16. August war der ursprüngliche Preis mit Hinweis auf den Dollarkurs um 50 Prozent erhöht worden. Der Käufer stellte fest, daß die Arbeiter und Angestellten seit zwei Monaten keine Gehalts- und Lohnerhöhungen erhalten hätten. Er bemerkte dazu: „Nicht der starke Aufpreis hat mich erbittert, sondern daß er nur der Erhaltung des Unternehmens diene und nicht sofort auch der Erhaltung der Arbeitskraft und der Förderung des sozialen Friedens.“ Den Gesamt-

verband Deutscher Bronze- und Eisenfabrikanten in Nürnberg hat den Preis für die Goldbronze, die nach Amerika ausgeführt wird, auf 750 Mark das kilo festgesetzt, der deutsche Verbraucher hingegen muß dafür 1125 Mark zahlen. Man verkauft also im Ausland viel billiger als im Inland. Das Reichsmonopolamt hat seine Spirituspreise um 9000 Mark das Hektoliter erhöht, die Spiritusbrennereien beschwerten sich darüber, daß man ihren Uebernahmepreis nicht gleichfalls in die Höhe gesetzt habe, und nun wird die Differenz auf die Hefe abgewälzt, die um 20 Mark das Pfund verteuert werden soll. Diese Beispiele lassen sich durch ähnliche Vorgänge aus den Groß- ebenso wie aus dem Kleinhandel beliebig vermehren.

Wie aber sieht es auf der anderen Seite aus, bei den Verbrauchern? Die „Frankfurter Zeitung“ gibt von ihrem Leben folgende Schilderung:

Sind die beruflichen Arbeitsstunden vorüber, so beginnt der häusliche Kampf ums Dasein, den bei den Verheirateten die Frau, soweit sie nicht selbst beruflich tätig ist, schon während der Berufsstunden des Mannes geführt hat. Was ist die erste Mitteilung, die den ermüdet Heimkommenden empfängt? Daß die Margarine wieder um so und so viel gestiegen, daß ein Anzug für das Kind jetzt unerschwinglich sei. Auch hier finden Beratungen statt; da soll es eine Quelle geben, wo man noch etwas billiger dies oder jenes kaufen kann. Man teilt sich in die Arbeit. Der Mann geht in jenen Stadtteil, die Frau in einen andern, um alle Möglichkeiten billigeren Einkaufs auszuschöpfen. Vielen fehlt auch dazu die Zeit, da sie nur durch Nebenverdienst ihr Budget einigermaßen balancieren können. Die Scheinhochkonjunktur der Industrie (sie ist als Symptom ein Vorbildnis, als Faktum bei allem Unglück noch ein Stück, denn sie schließt im Augenblick den einzelnen — noch — vor Arbeitslosigkeit) laugt fast alle sonst für Hausarbeit zur Verfügung stehenden Kräfte auf.

Diese Darstellung ist sicher noch zu milde. Das Leben der sozial am tiefsten stehenden Volksschichten ist jetzt geradezu zu einer Qual geworden. Das Einkommen reicht bei ihnen nicht im entferntesten aus, um auch nur die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Sie führen einen ununterbrochenen Wettkampf mit dem Hunger. Tiefe Empörung muß sich ihrer bemächtigen, wenn sie zusehen, wie es scheinbar kein Gesetz und keine Regierungsgewalt gibt, die sie vor der Auswucherung schützt. Und nun sollen die Verbraucher damit einverstanden sein, daß die wenigen preisverbilligenden Faktoren durch die Konzessionierung des Handels noch völlig lahmgelegt werden?

Die Arbeiterschaft wird, wenn die Regierung jetzt wieder versagen sollte, alle ihr als geeignet erscheinenden Mittel anwenden, um die Teuerung und den Wucher an der Quelle zu bekämpfen. Die Mittel, die von den Organisationen des Handels genannt werden, lehnt sie ab, denn sie sind nur geeignet, das Uebel zu verschlimmern.

Festsetzung von Richtpreisen in Thüringen

Das Thüringische Ministerium des Innern hat am 12. September d. J. eine Verordnung erlassen, welche u. a. folgendes besagt:

„In allen Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern sowie in denjenigen Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern, in denen ein Bedürfnis dazu besteht, sind eigene örtliche Preisprüfungsstellen zu errichten, soweit nicht bereits welche bestehen. Gemeinden, in denen nach dieser Vorschrift eine eigene Preisprüfstelle errichtet wird, scheiden aus dem Bereich einer etwa bestehenden Bezirkspreisprüfstelle aus.“

Bei jeder Preisprüfstelle ist aus ihren Mitgliedern ein Preisausschuß zu bilden, der aus dem Leiter der Preisprüfstelle als Vorsitzenden und aus je zwei Vertretern der Verbraucher und des Handels besteht. Soweit Preise für einheimische landwirtschaftliche Erzeugnisse oder für einheimische Gartenerzeugnisse in

Frage kommen, tritt an die Stelle eines Vertreters des Handels ein Vertreter der Erzeuger.

Der Preisausschuß hat auf Grund von Durchschnittspreisen, die das Thüringische Statistische Landesamt in Weimar errechnet, nach näherer Anweisung des Ministeriums des Innern wöchentlich zweimal Preise für die Abgabe von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Kleinhandel festzusetzen, die von der Preisprüfstelle ortsüblich bekanntzugeben sind. Dabei darf der Preisausschuß über die Durchschnittspreise des Statistischen Landesamtes höchstens um 10 vom Hundert hinausgehen, es sei denn, daß das Ministerium des Innern eine weitere Erhöhung besonders genehmigt hat. Die Beschlüsse des Preisausschusses, die Preise niedriger als die Durchschnittspreise festzusetzen, unterliegt keiner Beschränkung. Die so festgesetzten Preise gelten als Richtpreise.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Gegenstände, für die Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt sind.

Die Einschränkung der Tabakeinfuhr durch Zollbelastung

In seiner Sitzung am 10. September nahm der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates Stellung zu einem Entwurf für eine Verordnung über Zollbelastungen, den Reichsfinanzministerium und Reichswirtschaftsministerium gemeinsam zur Beantwortung vorgelegt hatten. Es handelt sich bei diesem Schritt der Regierung um eine Maßnahme währungspolitischer Natur, durch die die Einfuhr erheblicher Luxuswaren durch hohe Zollbelastung eingeschränkt werden soll. Die Erhöhung der Zolllast soll 50 Proz. betragen. Außerdem sollen vor allem die vorübergehend ermäßigten Zollsätze des Tabaksteuerablasses wieder erhöht werden.

Die Erörterung im Ausschuß drehte sich in der Hauptsache um die Steuererhöhung für Tabakerzeugnisse, von denen 30 Proz. ins Ausland gehen, nachdem die Konsumkraft der deutschen Bevölkerung stark gesunken ist. Von Unternehmern wurde befürchtet, man eine nicht unerhebliche Arbeitslosigkeit, die nach dem Tabaksteuererlass mit drei Vierteln des entgangenen Arbeitsverdienstes der Reichskasse zur Last fallen würde. Eine Umstellung der Industrie auf eine andere Erzeugnisse sei wegen der Reueinstellungen unter den heutigen Geld- und Kreditverhältnissen unmöglich. Da die Tabakindustrie meist geschlossen in Geandern ohne sonstige Industrie angeschlossen ist, könnten die arbeitslosen Arbeiter schwer anderweitig untergebracht werden.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums versicherte, daß die Ausfuhr der Tabakindustrie von der Regierung weiter unterstützt werden wird, um Arbeitslosigkeit möglichst zu verhüten. Ferner der von der Regierung erwartete Rückgang des Verbrauches des Inlands um etwa 20 Proz. entritt, bedeute das eine Ersparnis von etwa 20 Millionen Goldmark, die für unsere Zahlungsbilanz so ins Gewicht fällt, daß sie unter den heutigen Verhältnissen ausgleichend sein muß.

Da die Regierung die Entschädigungspflicht aus dem Tabaksteuererlass auch für die jetzt beabsichtigte Steuererhöhung anerkennt, schloß sich die große Mehrheit des Ausschusses ihrem Standpunkt an, so daß mit allen gegen eine Stimme folgende Entschlieung angenommen wurde:

„Der wirtschaftspolitische Ausschuß stimmt der Absicht der Regierung zu, vorübergehend die Zolllast für Tabak zu erhöhen. Er gibt dabei der Ermartung Ausdruck, daß baldmöglichst durch entsprechende steuerliche Maßnahmen ein Ausgleich für die einheimischen Tabakerzeugnisse getroffen wird, der den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht wird.“

Einstimmig wurde darauf die beabsichtigte Verordnung der Regierung gebilligt.

Auflösung des Vereins oberösterreichischer vaterländischer Soldaten. Der Oberpräsident der Provinz Oberösterreich hat auf Grund der §§ 1-8, 14, 17, 26 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 den Verein oberösterreichischer vaterländischer Soldaten aufgelöst. Zur Begründung dieser Auflösung diente die Tatsache, daß der Verein sich nach seinen eigenen Satzungsprotokollen lediglich als Ortsgruppe des Verbandes nationalgesinnter Soldaten unter verändertem Namen darstellte. Der Verband nationalgesinnter Soldaten aber ist, wie bekannt, bereits durch Erlass des Ministers des Innern vom 30. Juni d. J. aufgelöst worden.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(51. Fortsetzung.)

Der Philipp hatte sich am Fenster herumgedreht und stand nun noch so da, mit der Rouleaufordel spielend. Er sah sich die Männer an, die nun seine Kollegen waren. Es war ihm nicht möglich, eine spöttische Miene zu unterdrücken. Und er dachte: Herrgott, das sind die Leute, die einen so viele Jahre lang tyrannisiert haben. Die immer ihren starken Willen über einen hielten, und vor denen man sich gebückt hat, als seien sie allmächtig, und die Entscheidung über Sein oder Nichtsein sei ihnen in die Hand gegeben. Und sie ist ihnen auch in die Hand gegeben sehr oft. Leider. Und manchen haben sie auf dem Gewissen. Leider. Und wenn es milder wüßte, wie schwach und läppisch, wie kleinlich und unselbständig, wie einseitig und unterwürdig sie sind, mancher würde sich gegen sie aufbäumen und seinen besseren Wert, wie ungepflegt und ungewachsen er auch noch sein mag, gegen ihren engen Drill und ihre Borniertheit setzen.

Er war in seinem ganzen Empfinden noch Gymnasiast und stand ganz und gar auf der Seite der Schüler.

Und so einer mußt du auch sein — und so einer mußt du auch werden — und bekommst nie eine volle Geltung vor denen, weil sie dir mit ihren akademischen Graden und Stempeln über sind und dich immer darnach einschätzen und von oben herab behandeln werden.

Er zog sich die Rouleauschnur fester um seine Finger. Dann kam es schmerzlich über ihn, das ganze Leben hinzuschmeißen und Hade und Karst zu nehmen und draußen auf dem Freien zu schaffen und zu kuscheln, wie die Mutter in der Bettenkante und am Ziegelstisch, und sich vor keinem Menschen zu ducken, vor keinem hohen und keinem niederen, und die ganze Stellungsrücklichkeit und Beamtenbettelei recht aus Herzensgrund zu verachten.

Es klingelte. Der Altphilologe riß seine Bücher an

sich und rannte davon — der Neuphilologe machte in Gemütsdrube noch ein paar rote Striche und laute sein belegtes Brot auf beiden Backen fertig, der Mathematiker sah noch einmal die Buchzeichen in seinem Lehrbuche an, klappte es zu, sagte „Guten Morgen“ und ging, der Affessor stellte feufzend das französische Wörterbuch aufs Regal und kratzte sich hinter den Ohren, nahm aber sofort eine hochmütige Miene an, als er auf den Gang hinaus trat. Und schließlich ging auch Philipp. Als er auf der Schwelle seiner Schultube stand, war er in sich unentschlossen, was er heute durchnehmen sollte, die Aufgabe, oder was er beabsichtigt hatte in der Anregung seines Morgenganges. Er stieg auf das Katheder und ordnete das rein Geschäftsmäßige des Stundenanfangs, um sich darnach zu entschließen, was er eigentlich vornehmen wollte.

Er klappte das Klassenbuch zu, da trat der Direktor herein. Er kam immer ziemlich bräsig, ganz im Besitze seiner Ueberlegenheit und Macht. Dem und jenem Schüler warf er ein paar strenge Augen hin — hier zupfte er einen zurecht und auf einen anderen, der noch nicht gerade wie eine Puppe sah, schritt er zu, zog die Augenbrauen hoch und sagte in streng wohlwollendem Tone: „Du bist wohl unordentlich — und willst wohl gestraft werden? Du wirst dich wohl jetzt gerade hinsetzen und aufmerksam sein?“

Philipp begann seinen Unterricht. Wohl hatte er jetzt keine mehr. Er unterrichtete in unlieber Stimmung.

Der Direktor sah auf seinem Stuhle und machte sich beständig Notizen. Die Schüler schielten zu ihm hin und waren innerlich über ihren Lehrer belustigt. Sie merkten es wohl, daß jede Notiz des Direktors einen Tadel für ihren Lehrer bedeutete. Und der Direktor ließ seine Mißbilligungen im einzelnen deutlich merken.

Der Philipp war kein großer Methodiker. Das wußte er selbst. Woher sollte er es auch sein? Seine Methode nahm er aus seiner eigenen Schülererfahrung — das, was ihm bei seinen verschiedenen Lehrern als gut vorgekommen war, suchte er anzuwenden —

manches vom alten Krafft, manches von seinen Mainzer Lehrern, und offenkundige Fehler, die sie als Schüler bemerkt und besprochen hatten, suchte er zu vermeiden.

Die Stunde war um. Der Direktor erhob sich und entließ die Schüler. Der Philipp machte seinen Eintrag ins Klassenbuch.

„Mit Ihrer Methode kann es nicht so weiter gehen, Herr Kollege!“ bemerkte der Direktor.

Der Philipp blieb stumm.

„Sie stellen kaum eine richtige Frage. Und viel zu viele Entscheidungsfragen. Diese entsetzlichen Ja- und Neinantworten.“

Dann ging er Punkt für Punkt seine Notizen durch.

„Ihr Unterricht ist durchaus ohne Methode, kann also niemals erfolgreich werden. Sie machen die größten pädagogischen Scherzer mit Grazie ad infinitum,“ proklamierte der Direktor.

Philipp kam ganz und gar wieder in die Stimmung wie vorher im Konferenzzimmer. Der Gymnasiast in ihm besiegte den Lehrer. Er verachtete den Direktor ganz unmaßlich. Das kleine Männchen mit den drei Haaren quer über die Glatze gelegt, ein komischer Aufknacker, ein Gernegroß, der vor lauter Einbildung fast platze, der sollte ihn jetzt tyrannisieren und abkatzeln können, so wie er sich jahrelang als Schüler hatte tyrannisiert und abkatzeln lassen — nein! Und er raffte sich zu einer niederschmetternden Antwort auf.

„Die Methode macht's nicht, Herr Direktor.“

Das Männlein vor ihm wuchs in die Höhe wie Hans Euler im Gedicht. Er wippte einmal auf dem Fußspitzen, riß die Augen auf und zog die Brauen hoch, daß die Falten quer über die Stirne und die von drei Haaren bedeckte Glatze bis zum Wirbel liefen, wie die Wellen über einen Teich laufen, wenn der Wind sie treibt. Er machte eine ganz große, eine mächtige Armbewegung, wie Vater Zeus sie macht, wenn er seinen Arm über's Weltall ausstreckt. Ganz groß und wichtig, und Philipp, der zwei Köpfe größer war, sah auf das pygische Männlein von oben herab und lächelte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Gewerkschaftsinternationale zur Kollage Deutschlands

Eine Unterredung mit Jouhaux und Timmen

Der kürzlich in Berlin weilende französische Gewerkschaftsführer Jouhaux und der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Ede Timmen, hatten unmittelbar vor ihrer Abreise eine längere Unterredung mit dem hiesigen Vertreter der argentinischen Zeitung „La Nacion“. Dem Interview, das der „Dena“ zur Verfügung gestellt wird, seien die folgenden, unter den heutigen Verhältnissen besonders bemerkenswerten Stellen entnommen:

Auf die Frage, ob Frankreich Verständnis für Deutschlands schwere Lage habe, erwiderte Jouhaux, es sei in weiten Kreisen Frankreichs ein sehr starkes Interesse für deutsche Angelegenheiten vorhanden. Insbesondere die französischen Gewerkschaften täten alles zur Aufklärung der Deffektivität über Deutschlands wirkliche Lage, und diese in der letzten Zeit mit besonderer Intensität durchgeführte Aufklärungsstätigkeit habe auch Früchte getragen. Im Besonderen zeige die französische Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit das deutlich erkennbare Bestreben, um jeden Preis zu einer

Verständigung mit Deutschland

zu kommen. So wohl das Wiesbadener Abkommen wie der Stinnes-Lubersack-Vertrag seien, was in Deutschland noch vielfach unbekannt zu sein scheint, nicht ohne die Einwirkung der französischen Arbeiter zustande gekommen. Das Stinnes-Abkommen entspreche zwar nicht in allen Einzelheiten den Wünschen der französischen Arbeiterchaft, schon deshalb nicht, weil das kapitalistische Element hier allzustark in den Vordergrund trete. Im Prinzip aber sei die französische Arbeiterchaft mit allem einverstanden, was zu einer allmählichen Annäherung beider Völker auf dem Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit führen könne.

Auf die Frage, wie man in Frankreich die wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung beurteile, entgegnete Jouhaux: Sie sei nach seinen Beobachtungen sehr schlecht. Die Masse der deutschen arbeitenden Bevölkerung sei zwar noch nicht der vollkommenen Verelendung anheimgefallen, die Prämisse jedoch seien gegeben, und wenn nicht bald

eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems erfolge, so seien die Folgen nicht abzusehen! Geradezu tragisch erscheine ihm die Lage der geistigen Arbeiter und weiler Kreise des deutschen Mittelstandes. Hier sei eine ungeheure moralische Gefahr vorhanden, und die alarmierenden Anzeichen eines kulturellen Niederganges wertvoller Schichten des deutschen Volkes verdienten, in der ganzen Welt beachtet zu werden.

Eine weitere Frage, ob es Frankreich mehr auf die Reparationsleistungen Deutschlands als auf die Erlangung der politisch-wirtschaftlichen Hegemonie in Europa ankomme, und ob eine eventuelle Befestigung des Ruhrgebietes diesem Ziele zuträhe, erwiderte Jouhaux: Die Haltung der französischen Regierung könne den Anschein gewinnen lassen, als ob Frankreich tatsächlich etwas Ähnliches anstrebe. Das französische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit, ganz bestimmt die Masse der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger, sei

jedoch unbedingt pazifistisch gesinnt

und wolle nichts weiter, als friedlich mit seinen Nachbarn leben.

Zum Schluß äußert sich Timmen näher über die Mission, die ihn nach Berlin geführt habe. Der wesentliche Zweck der Reise sei gewesen, mit den deutschen Arbeitern zu verhandeln, was im Falle eines Konfliktes, d. h. für den Fall des Eintretens von Sanktionen zu geschehen habe. Diese Besprechungen seien zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden. Auf die spezielle Frage, ob für den Fall eines Einmarsches in das Ruhrgebiet ein internationaler Generalstreik erfolgen werde, entgegnete Timmen: Im Jahre 1920 wurde in London der Beschluß gefaßt, im Falle der Befestigung des Ruhrgebietes den Generalstreik zu proklamieren.

Dieser Beschluß hat heute noch Geltung.

Schon zur Zeit, als er gefaßt wurde, hat die entschlossene Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes einen gewissen Einfluß auf die Politik der Alliierten gehabt. Auch während des Bonfotts gegen Ungarn habe die Arbeiterinternationale nicht versagt. Als Ergebnis der damals durchgeführten Maßnahmen sei festzustellen, daß die ungarische Regierung sich zu Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund habe verstehen müssen. Als der Vormarsch der bolschewistischen Heere gegen Polen erfolgte, habe sich die Internationale durch den Transporibonfott gegen Polen in den Gang der Dinge eingeschaltet, und in neuester Zeit sei eine ähnliche Aktion gegen den italienischen Faschismus in Gang gebracht worden, als es sich darum handelte, Verladungen von Material und Waffen für die Faschisten zu hindern. Auch jetzt bestehe die Hoffnung, daß die entschlossene Haltung der internationalen Arbeiterchaft und ihrer Vertretung ihren Eindruck auf die Regierungen der Alliierten, speziell auf die Politik Frankreichs nicht verfehlen werde.

Vom Heringswucher —

Blöße als Dünger

Endlich ist ein Ausfuhrverbot für Seeische erlassen worden, das bei Verschönerung des Hanges Entlastung der Reichsrenten für die Kollidampfer vorzieht. Wie weit die Dinge durch im März dieses Jahres erfolgte Ausfuhrerlaubnis gediehen sind, dafür bietet der Heringsmarkt ein typisches Beispiel. In Berlin kostet zurzeit ein guter Hering im Kleinverkauf 25 Mk. Im Frieden konnte man in Berlin (und in ganz Norddeutschland) einen derartigen Hering für 10 Pfennige erhalten. Es ist also eine Preissteigerung auf das Doppelte eingetreten. Diese durch keinen Dollarkurs und keine Lohnrückbildung gerechtfertigte Vertenerung wird erst oblig klar, wenn man sich die Kosten einer Heringsmahlzeit vergegenwärtigt. Nehmen wir eine fünfköpfige Berliner Familie an. Sie braucht mindestens:

5 Heringe	125 Mk.
7 1/2 Pfund Kartoffeln	30 Mk.
Essig und Zwiebeln	4 Mk.
Wasch- oder Kohlen zum Kochen	6 Mk.

Insgesamt also: 165 Mk.

Das ist, wie gesagt, gering gerechnet und übermäßig fett wird niemand von einem Hering und 1 1/2 Pfund Kartoffeln. Will die Arbeiterfrau den Hering braten, dann erhöhen sich die Kosten der Mahlzeit um weitere 40,50 Mk. Nicht einmal eine Heringsmahlzeit kann sich das arbeitende Volk noch gönnen, soweit hat es die Profitgier der kapitalistischen Gesellschaft gebracht. Wie beim Hering ist's natürlich auch mit allen anderen Seeischen bestellt. Die „Berliner Volkszeitung“ fürchtet das die Interessenten gegen das Ausfuhrverbot Sturm laufen werden. Sie schreibt:

„Wie kann sich die Dompfischer dabei beruhigen werden, bleibt abzuwarten. Sollten sie dazu übergehen, mit dem Betriebe aufzuhören, so wäre die Realisierung vor die Frage gestellt, ob derartige, das Volkswohl schädigende Handlungswiese hinanznehmen oder auf die Schiffe Verzicht zu legen und die Dompfischer auf staatliches Unternehmungen fortzuführen. Außerdem ist es aber zur Verbilligung der Seeische und der Fische im allgemeinen unbedingt erforderlich, daß die Eisenbahn ihre Beförderungsgebühren ermäßigt. Welche Folgen die Höhe dieser Gebühren zeitigt, lehrt die Tatsache, daß vor einiger Zeit in Mecklenburg und in Pommern größere Mengen kleiner Fische, die an Ort und Stelle unverkäuflich waren, nicht nach Berlin zum Verkauf schickte, sondern als Dünger verwandt wurden, weil die Beförderungskosten den in Berlin zu erzielenden Preis verhältnismäßig hätten. So werden die Nahrungsmittel auch von der Eisenbahn verteuert.“

Niemals hätte die Ausfuhr von Seeischen freigegeben werden dürfen. Die Arbeiterchaft ist an der Grenze des Erträglichsten angelangt und wird die Freigabe der Fischausfuhr zu verhindern wissen. Das von der „Berliner Volkszeitung“ betreffs der Eisenbahnfrachten angeführte Beispiel sollte die Regierung veranlassen, die Frachtbeförderung der Fische schnellstens anders zu regeln. Fische als Dünger! Und viele tausende Arbeiterfamilien sehen in Monaten auch nicht das kleinste Kapschen aus ihrem Tisch. Wozu haben wir einen „Reichsernährungsminister“, wenn derartige Dinge möglich sind?

Was verschwiegen wird

Die „Rote Fahne“ teilte ihren Lesern mit, daß wir einen Reisebericht des schwedischen Schriftstellers Brusewicz aus Rußland wiedergegeben haben. Sie gibt auch ein Stückchen aus dem Bericht wieder, nämlich die letzten Absätze, in denen einige Kinderheime in der Nähe von Petrograd geschildert werden. Es ist wahr, daß nicht alles in Rußland trostlos aussieht. Indem aber die „Rote Fahne“ nur diesen kleinen Teil des Berichtes bringt, will sie offenbar bei ihren Lesern die Auffassung beschärfen, als ob das heutige Rußland ein Paradies für die Arbeiter sei.

Wenn das Blatt die vorhergegangenen Schilderungen nachgedruckt hätte, so hätten ihre Leser aber einen ganz anderen Eindruck erhalten. Da wird erzählt, daß die Arbeiter in Peking und Lumpen gekleidet sind, weil ihr Lohn nicht für Kleidung ausreicht. Da sieht man von den promeniierenden und flirtenden Herren und Damen, von den eleganten Autos und Luxusdroshen vor den großen Hotels, von knallenden Champagnerorken in den Spielfälen, kurzum von all den Annehmlichkeiten, deren sich die Welt der Spekulanten und Großverdiener in Petrograd erfreuen darf. Während Millionen Menschen das Nötigste sich beschaffen müssen, werden ganze Vermögen mit Willigung der Sowjetregierung im Luxus verschleudert oder im Spiel umgesetzt. Und daß der Bourgeois kein Vergnügen fehlt, so sind auch die Pferderennen wieder eingerichtet worden.

Von diesen Dingen berichtet die kommunistische Presse selbstverständlich nichts, ebenso wenig wie ihre Leser bis heute erfahren haben, daß nach den Abmachungen zwischen der Sowjetregierung und dem englischen Großkapitalisten Urquhart der Einfluß der Arbeiterräte auf dessen Unternehmungen vollkommen ausgeschaltet ist.

Die abgeschnittenen Fürstenköpfe

Die deutschen Nationalisten schöpfen den Fonds ihres politischen Wissens in erster Linie aus dem Nachwerk „Die Geheimnisse der Weisen von Zion.“ In diesem Buche werden an Hand von gefälschten Geheimdokumenten für alles, was an Kaiserzeit und Krieg gebracht hat, die Juden verantwortlich gemacht. Der deutsche Adel hat die Herausgabe des Nachwerks finanziert. Hauptmann Müller von Hausen hat es unter dem Pseudonym „Gottfried zur Veer“ verfaßt. Es ist weiter bekannt, daß General Judentors sich in der Beweisführung der „Erdolung der Front von hinten“ gerade auf dieses Nachwerk stützt. Im dritten Bande seiner „Erinnerungen“ benützt er wiederholt den Schwindel und erklärt in Fußnoten, daß die Behauptungen bisher noch nicht widerlegt, also der Wahrheit ansprechen. Er bezeichnet das Nachwerk sogar wiederholt als wertvolle Geschichtsquelle.“

Der Senior der protestantischen Theologie an der Berliner Universität, Geheimrat Strack, unterzog nun das Nachwerk einer Prüfung und sandte seine Schrift, die den Schwindel wissenschaftlich entlarvt, dem General Ludendorff zu. Die Sendung wurde mit Dienstmarken frankiert. General Ludendorff äußerte sich zu der Schrift des Professors Strack nicht, wohl aber schickte er sie dem Verfasser der „Weisen von Zion“, dem Hauptmann Müller-Hausen zu mit folgendem Begleit Schreiben:

„Also auch dazu muß der deutsche Steuerzahler heran. Dafür Dienstmarken! Gegenüber Strack stellte ich diese ungeheuerliche Tatsache fest. Gung sonst auf nichts ein. Bitte machen Sie den Gebrauch, den Sie für richtig halten.“

Wenn für Ludendorff eine Sache krenzelich wird, versteckt er sich in der Regel hinter seine — blaue Brille! Oder er läßt andere für sich die moralische Entlastungsoffenheit führen. Müller-Hausen verstand denn auch den Wink und stellte Strafantrag gegen Strack wegen widerrechtlicher Verwendung von Dienstmarken. Das Verfahren gegen Strack wurde jedoch abgelehnt, da ein Mißbrauch nicht vorlag. Nunmehr aber wird sich Müller-Hausen vor der Strafkammer zu verantworten haben. Er hat in seinem Nachwerk u. a. auch behauptet, daß die Fassade der Villa Walter Rathenau mit abgeschnittenen Fürstenhäuptern verziert sei. Damit habe Waltherr Rathenau seiner Sehnsucht nach abgeschalteten Fürstenköpfen Ausdruck geben wollen. Wenn das der Kaiser, der den alten Rathenau seinen Freund nannte, so geahnt hätte!

Das Strafverfahren gegen diese Verleumdung hat seine Geschichte. Die Strafkammer des Landgerichts III lehnte ein Einschreiten gegen Müller-Hausen ab, da er als Vorsitzender des Verbandes gegen die Ueberhebung des Judentums in Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 199) gehandelt hätte. Also Verleumdungsfreiheit für Judengegner. Das Kammergericht hat diesen unerhörten Beschluß aber aufgehoben, und so wird Herr Müller-Hausen in nächster Zeit Gelegenheit haben, seine Weisheit über die Tätigkeit der „Weisen von Zion“ vor Gericht durch Tatsachen zu belegen.

Die Braunschweiger Stadtratswahl

Das Ergebnis der Braunschweiger Stadtratswahl am vergangenen Sonntag stellt sich für die proletarischen Parteien im Vergleich mit der Stadterordnetenwahl im Jahre 1919 wesentlich günstiger dar, als die von uns veröffentlichten Ziffern erkennen lassen. Die bürgerlichen Stimmen sind nämlich gegenüber 1919 zurückgegangen, während umgekehrt die Stimmengahl, die die drei sozialistischen Parteien erzielen, gewachsen ist. Bei der damaligen Stadterordnetenwahl entfielen auf die Liste der Vereinigten 15 203 und der Demokraten 11 668 Stimmen, zusammen also 26 871. Diesmal erlangte der Rischmatsch zwar 22 006, aber die demokratischen Stimmen sind auf 3215 zurückgegangen. Die bürgerlichen Parteien haben also zusammen 25 221 Stimmen bekommen, das ist ein Weniger von 650 Stimmen gegenüber 1919. Für die sozialistischen Parteien wurden im Jahre 1919, das ist vor dem Parteientag in Halle und der dort erfolgten Spaltung, abgegeben: USPD. 15 762 Stimmen, SPD. 5551, zusammen 21 113. Am vergangenen Sonntag mußte die USPD. 14 508 Stimmen, die SPD. 583 Stimmen und die SPD., die 1919 an der Wahl sich nicht beteiligt hatte, 4823 Stimmen, zusammen also 24 914, das ist diesmal ein Mehr von 3801 Stimmen.

Die Vermehrung der Konsumgenossenschaftlichen Betriebsmittel

Die Geschäftsanteile bei den Konsumgenossenschaften sind derart niedrig, daß sie angesichts der Geldentwertung als völlig ungenügend bezeichnet werden müssen. Ansolardessen gehen jetzt die Generalversammlungen der Konsumvereine allenthalben dazu über, die Betriebsmittel der Genossenschaften durch Heranziehung der Mitglieder-Geschäftsanteile und durch schnelle Einschaltung zu vermehren. In einer Woche allein sind an den Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, 31 derartiger Mitteilungen gelangt. Danach sollten 14 Konsumvereine den Geschäftsanteil auf zunächst 1000 Mk. fest. Weitere sieben Vereine beschließen eine Erhöhung auf 1500 Mark. Eine Genossenschaft brachte den Anteil auf 1800 Mark hinauf. In der Erkenntnis, daß 2000 Mark der Geldentwertung und dem Bedürfnis der Verbraucherorganisation erst einigermaßen nahe kommen, fahen acht Generalversammlungen den Beschluß, 2000 Mark Mitgliedsanteile zu erheben. Eine große Konsumgenossenschaft ging auch in dieser Berichtswache noch darüber hinaus und setzte 2500 Mark als Geschäftsanteil fest.

Um den Wiederaufbau

Deutsche Arbeitervertreter in Paris

(W.P.) Paris, 20. September. Die der „Matin“ mittell, ist der Aktionsausschuß für die betroffenen Gebiete gestern Abend mit Vertretern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und des Bauarbeiterverbandes zusammengekommen und hat von den Besprechungen, die in Berlin zwischen Jouhaux und den deutschen Bauarbeiterverbänden geführt worden sind, Kenntnis genommen. Die Delegierten haben beschlossen, bei ihrer Ansicht, die für eine Beteiligung Deutscher am Wiederaufbau der betroffenen Gebiete ist, zu bleiben.

Am 22. September findet in Köln infolge einer ergangenen Einladung eine Zusammenkunft zur Prüfung der Bedingungen der Zusammenarbeit statt.

Die „Rote Fahne“ setzt ihren Lügenfeldzug gegen die Gewerkschaften wegen des Stinnes-Lubersack-Abkommens fort. Wir haben es längst aufgegeben, uns mit der verbrecherischen Kampfesweise des Kommunistenorgans auseinanderzusetzen. Es ist hoffnungslos. Nur soviel sei gegenüber der obenstehenden Meldung mitgeteilt, daß den betreffende „Aktionsausschuß“ den Lubersackischen Wiederaufbaugenossenschaften ausgesprochen sei und sich gegenübersteht und daß die Verhandlungen, die Jouhaux hier geführt hat und die nun weitergeführt werden sollen, mit dem Stinnes-Vertrag nicht das geringste zu tun haben.

Verbot der „D. A. Z.“ bestätigt

Wegen eines Artikels, den der Chefredakteur Paul Densch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte und in dem er die deutschen Regierungsdienner scharf angegriffen hatte, wurde das Blatt belamlich verboten. Gegen dieses Verbot erhob die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Beschwerde beim Staatsgerichtshof in Leipzig. Am Dienstag wurde über diese Beschwerde verhandelt und am Mittwoch erfolgte das Urteil. Das Verbot wurde bestätigt.

Weiteres vom Staatsgerichtshof

Leipzig, 20. September. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das Verbot der Hamburger Bürgerliste, der Roten Fahne-Berlin, der Westfälischen Arbeiterzeitung, der Westfälischen Arbeiterzeitung und der Roten Tribüne-Hagen aufgehoben, dagegen die Beschwerde der Münchener Zeitung zurückgewiesen.

Was geht da vor?

(W.P.) Paris, 20. September. Der Berliner Korrespondent des „Temps“ erfährt von einer russischen, der Sowjetregierung nahestehenden Persönlichkeit, daß Rußland bereit sei, Frankreich die Garantie gegen einen Angriff deutscherseits zu geben, die ihm England und Amerika verweigert haben.

Eine bemerkenswerte Erklärung Tschischersins. Auf die Frage, welchen Eindruck Tschischersin von der bolschewistischen und politischen Lage Deutschlands gewonnen habe, erklärte er einem Vertreter der „Presto“: „Die deutschen arbeitenden Massen kämpfen mit einem geradezu erstaunlichen Heroismus gegen die katastrophale Lage ihres Landes.“ — Was natürlich die „Rote Fahne“ nicht hindern wird, die Organisationen der arbeitenden Massen weiter als „Verräter“, „Stinnes-Insekten“ und „Kettenhunde der Bourgeoisie“ zu beschimpfen.

Der Ueberwachungsaußschuß des Reichstags ist zum Parteien einberufen worden. Er wird sich mit der Besprechung der Steuerungsaktion der Arbeiter und Beamten zu beschäftigen haben.

Der 23. Ausschuß des Reichstags (Beamtenangelegenheiten) ist von seinem Vorsitzenden auf den 3. Oktober zur Erörterung von Besoldungsfragen einberufen worden.

Förderung des Wohnungsbaues

Nur Prüfung der Fragen, wie der Wohnungsbau weiterhin zu finanzieren ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine sparsamere Verwendung der öffentlichen Mittel für den Kleinwohnungsbaubau zu sichern, hat in der Zeit vom 4. bis 12. September ein vom Wohnungsausschuss des Reichstaats ernannter Untersuchungsausschuss stattgefunden. Zu den Beratungen waren außer den beteiligten Dienststellen Sachverständige aus den in Betracht kommenden Kreisen des Wohnungswesens und der Bauwirtschaft herangezogen. Nach eingehenden Beratungen hat der Untersuchungsausschuss sich dahin entschieden, daß an der Finanzierung des Wohnungsbaues in der bisherigen Weise grundsätzlich festzuhalten und hierzu die Wohnungsausschüsse als hauptsächlichste Kapitalquelle weiter auszubauen sei unter möglicher Wahrung der sozialen Gesichtspunkte. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder war der Ansicht, daß die bisherige Bewirtschaftungsform des Wohnungswesens beibehalten werden müsse. Auch die Frage, in welchem Umfang noch vorhandener Raum zum Ausbau von Wohnungen herangezogen werden kann, wurde untersucht. Eine besonders eingehende Aussprache fand über die Frage der Baukostensteuern statt, vor allem darüber, wie von Verbraucherkreisen auf die Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung der Bauwerke Einfluss genommen werden könnte. Das Ergebnis der Beratungen des Untersuchungsausschusses soll nunmehr zunächst dem Wohnungsausschuss des Reichstaats vorzulegen werden, der sodann darüber Beschlüsse fassen wird, welche Maßnahmen dem Reichstag zur Durchführung empfohlen werden können.

Rückkehr der Berliner Ferienkinder aus Ostpreußen

Nach einer Mitteilung des Jugendamts treffen die Berliner Kinder in Berlin wie folgt ein:
Aus den Kreisen Darkehmen, Allenstein, Fr. Colmar am 21. 9. 22, 11.45 mittags Bahnhof Charlottenburg.
Aus den Kreisen Ortelsburg, Gerdauen, Reidenberg, Hohenstein am 21. 9. 22, 11.00 mittags Schlesischer Bahnhof.
Aus dem Kreise Osterode am 21. 9. 22, 11.45 mittags Charlottenburg.
Aus den Kreisen Braunsberg, Stuhm, Danzig am 26. 9. 22, 11.00 mittags Schlesischer Bahnhof.
Aus den Kreisen Tilsit, Labiau, Niederung am 27. 9. 22, 11.00 mittags Schlesischer Bahnhof.
Aus den Kreisen Lud.-Ost., Posen am 28. 9. 22, 11.00 mittags Schlesischer Bahnhof.
Aus dem Kreise Ost-West am 29. 9. 22, 11.00 mittags Schlesischer Bahnhof.
Aus den Kreisen Angerburg, Goldap, Stallupönen, Rischhausen, Elbina, Mohrungen am 30. 9. 22, 11.00 mittags Schlesischer Bahnhof.
Aus dem Kreise Ost-West am 1. 10. 22, 11.45 mittags Charlottenburg.
Aus dem Kreise Suedburg am 20. 9. 22, 11.45 mittags Charlottenburg.
Aus dem Kreise Willkallen am 21. 9. 22, 11.30 mittags Charlottenburg.
Aus dem Kreise Ratow am 26. 9. 22, 6.20 abends Schlesischer Bahnhof.
An etwaigen Zweifelsfällen alst das Jugendamt, Abteilung Landauskunft, Berlin C., Neue Friedrichstr. 79/80, 3 Tr., Zimmer 30, Auskunft (Telephon Magistrat 10-19.)

Ein netter Polizeibeamter

Ein Jdnhl aus dem Polizeileben

Eine Verhandlung, die am Donnerstag vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I stattfand, entrollte folgende Bild. Es handelt sich um eine Inzucht gegen einen jugendlichen Arbeiter, weil dieser gelegentlich einer Demonstration gegen den verurteilten Friedrichs-Rex-Film zur Mißhandlung von Polizeibeamten aufgefordert haben soll. Als Zeuge wurde unter anderen der Volkswirtschaftsmeister Leo Sandak von der 3. Sondereinheit der Polizeistation Friedrichshain vernommen, der den Angeklagten bei der Verhaftung abgeführt hätte. Als ihm von dem Verteidiger des Angeklagten, Genossen Dr. Siegfried Weinberg, vorgehalten wurde, daß er den Angeklagten bei der Festnahme mit Disziplin straffert haben soll, gab der tüchtige Polizeibeamte die durch ihre Offenheit geradezu verblüffende Antwort: „Wenn ein Beamter einem eine ranter haut, dann tut er das nur, wenn niemand dabei ist.“ Auf die weitere Frage des Verteidigers, ob er dem Angeklagten mit der Faust vor den Maßen geschlagen und mit dem Kopf gegen die Wand geschoben habe, verzweigte der Zeuge, nachdem er erst allerhand Ausflüchte gebraucht hatte, die Aufnahme.

Wir verstanden, daß ein derartiger ungeschickter Polizeibeamter, der geradezu eine Gefahr für die Bevölkerung bedeutet, umgehend entfernt wird.

Die Kartoffelversorgung der Berliner Bevölkerung

Mit der Kartoffelversorgung der Berliner Bevölkerung durch Lieferungsverträge sngewirkelt, hat sich die städtische Ernährungsdeputation in ihrer letzten Sitzung beschäftigt. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich die Deputation dabei auf den Standpunkt gestellt, daß die Beschaffung und Einlagerung der von der Stadt Berlin benötigten Kartoffeln nur durch eine Zentralfeste erfolgen könne. Nach den Beschlüssen des Magistrats soll lediglich eine Kartoffelreserve, und zwar in Höhe von 300 000 Zentner beschafft werden. Die Lager, die die Zentralfeststelle sich hierzu gesichert hat, sind über das ganze Gebiet der Stadtgemeinde Berlin verteilt, so daß Gelegenheit gegeben sein wird, die Einwohnerschaft jedes Bezirkes aus nahegelegenen Lagern zu geeigneter Zeit mit Kartoffeln zu versorgen. Die Übernahme der Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Kartoffeln durch die Stadt Berlin kann aber nicht in Frage kommen. Dagegen wird vom städtischen Ernährungsamt darauf hingewirkt werden, daß die Bevölkerung bereits in den nächsten Wochen ihren Winterbedarf an Kartoffeln nach Möglichkeit beim Berliner Kartoffelhandel oder durch unmittelbaren Bezug vom Lande selbst deckt.

Durch die Justiz Millionär geworden

Mit den Worten: „Na, da haben sie ja großes Glück gehabt, ich kann sie als Millionäre entlassen, schloß der Vorsitzende der 5. Strafkammer des Landgerichts I gestern eine Verhandlung gegen den Händler Luigi Coriello und den Kaufmann Genaro Ciposito, zwei Italiener, die sich in der Verkaufshinanz wegen Preistreiberei, versuchten Betruges und Kettenhandels zu verantworten gehabt hatten. Die beiden Angeklagten stammen aus Neapel, hatten halb Europa als Hausierer bereist und waren schließlich über Frankreich und Belgien nach Düsseldorf und nach Berlin gekommen, wo ihr weniges Barvermögen infolge der Valuta doch ausgereicht hatte, um einen fliegenden Tuchhandel einzurichten. Für 100 M. das Meter kauften sie Stoffe und in der Uniform englischer Seelen, die sie sich anzogen, ermedien sie, zumal sie das Deutsch nur radebrechten, bei ihren Abnehmern den Eindruck von Engländern, die echt englische Qualitätsware zum Kauf anboten. Einer ihrer Kunden, der noch vor Abbruch festgesetzt hatte, daß es sich um deutsche Stoffe, wie sie in Chemnitz, Guben und Rachen hergestellt werden, handelte, hatte an ein Betrugsmanöver geglaubt und die beiden angezeigt. Wegen der oben ange-

Der Angriff des Kapitals

Mit allen Mitteln großhaaler Pressepropaganda wird in fast allen bürgerlichen Zeitungen, in den kleinen und großen, in den Hauptblättern und in ihren Ablegern, zurzeit die öffentliche Meinung gegen die Werkunternehmungen der Stadt Berlin mobilisiert. Mit seiner Verrechnung mancher primitiven Intuition des Spiehbürgers, der sein angeborenes Oppositionsbedürfnis doch irgendwie an den Mann bringen muß, wird bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit alle Schuld der städtischen Finanzschwierigkeiten auf das angebliche Defizit der Berliner Werke abgewälzt. Je nach der Schicht, deren Sympathie das Kapital in seinem Kampfe gegen den Besitz der Gesamtheit gewinnen will, wird eine verschiedene Note angeschlagen. Die Deutschnationalen verstehen sich glänzend darauf, selbst in Arbeiterquartieren ihre Politik mit einem volksfreundlichen Mantelchen zu bekleiden. Sie stimmen unentwegt gegen jede Lohnerhöhung und versuchen das der Bevölkerung auf ihre Weise mundgerecht zu machen. Da sie dabei von der kommunistischen Kaitation direkt unterstützt werden, so fällt diese Argumentation oft genau auf fruchtbaren Boden. Am „Berliner Tageblatt“ hat Herr Dr. Michaelis diese Kampagne vom Tage des bürgerlichen Wohlstandes an systematisch organisiert. Wenn jetzt sogar Herr Theodor Wolff höchstselbst über diese Dinge, von denen er leider absolut nichts versteht, zu schreiben gerät, so ist das nur ein Beweis dafür, welche große prinzipielle Bedeutung die bürgerlichen Parteien diesem Kampf beimessen.

Unser ganzes wirtschaftliches und politisches Leben steht unter dem Druck der unverkennbaren Tatsache, daß die großen Wirtschaftsmächte der Kartelle und Trusts in einer Weise heute Wirtschaft und Politik beherrschen, die in schreckendem Widerspruch zum Gedanken der Demokratie und zu den Bedürfnissen der Volksmassen steht. Bei dem Milliardenbest, über den Berlin in seinen Werken verfügt, besteht für die kapitalistischen Kreise die Gefahr, daß es planmäßiger, hartnäckiger und andauernder Arbeit gelingen könnte, den organisatorischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Uebermaßes bei der Bildung Groß-Berlins, wie der besonderen Schwierigkeiten der augenblicklichen deutschen Wirtschaftskatastrophe Herr zu werden. Gleichzeitigkeit verliert die Reaktion, auch das Wesen über die Bildung Groß-Berlins rückwärts zu revidieren. Der Zweck der Uebung ist klar. Eine erfolgreiche Bewirtschaftung und ein rationeller Ausbau der Groß-Berliner Werke würde ein Dauererfolg des sozialen Kommunismusgedankens sein. Die Kräfte, die durch den starken Einfluss der Arbeiterschaft in den Gemeinden auch zu wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden drängen, würden verstärkt. Die gesammelten Erfahrungen würden anderen Gemeinden zugute kommen, die Demokratie könnte Schritt für Schritt sich auch wirtschaftliches Fundament unter den Füßen erkobren. Die Herren der kapitalistischen Parteien wissen sehr genau, welche Macht die Eroberung solcher wirtschaftlicher Machtpositionen für die Demokratie bedeuten würde. Wirtschaftlich und politisch geküht wie sie sind, suchen sie deswegen jede solche Möglichkeit von vornherein zu unterbinden.

Das sogenannte „Gutachten der Sachverständigen zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Berliner Werke“ dient von der ersten bis zur letzten Zeile nur diesem Zweck. Das tritt so stark und so plump hervor, daß es von ehrlicheren Männern der bürgerlichen Partei selbst ausgearbeitet wird. Wir haben bereits gestern einige zahlenmäßige Nachweisungen für die Straßenbahn gebracht, deren angebliche Perfektion in den lieblichsten Farben gerade erst in der bürgerlichen Presse geschilbert wird. Ganz im Gegensatz zu dieser verlogenen Prestemache müssen in dem neuen Kreise der städtischen Ausschüsseberatern die Vertreter aller Parteien ansetzen, daß bei der Straßenbahn seit ihrer Uebernahme durch die Stadt eine sehr bedeutende Arbeit geleistet ist. Nur technischer Zustand ist bedeutend gehoben, die Arbeitsleistung des Personals ist eine höhere, der Personalbestand selbst so bedeutend eingeschränkt, daß ernsthaft niemand mehr behauptet, es würde mit Arbeitskräften verschwenderisch umgegangen. Die Verwaltung der Straßenbahn selbst arbeitet nach kaufmännischen Gesichtspunkten. Die letzten Demunungen, die gelegentlich durch Einmischung anderer städtischer Instanzen entstehen können, können beseitigt werden. Es das durch die Umwandlung der Rechtsform (Bildung einer A.-G. oder G. m. b. H.) oder durch organisatorische Maßnahmen besteht, ist eine untergeordnete Frage. Im Verhältnis zu anderen deutschen Straßenbahnen müssen die Leistungen Berlins anerkannt werden. Der Tarif ist bedeutend niedriger, als in anderen Städten. Natürlich beweist niemand, daß Untergrundbahnen ein technisch vollkommeneres Betriebsmittel sind. Aber wir haben heute kein Geld, Untergrundbahnen zu bauen, und auch Herr Theodor Wolff wird uns kein Geld beschaffen, um die von ihm so verlockend geschilderten Zustände anderer europäischer Hauptstädte herbeizuführen. Was dem Berliner Verkehr fehlt, ist vor allem der Mangel an Einheitskraft. Wir haben deswegen schon darauf hingewiesen, daß eine gemeinsame Organisation für alle Berliner Verkehrsunternehmungen geschaffen werden muß.

gebenden Defizite waren die beiden Italiener unter Auflage gestellt worden, man hatte ihr Warenlager beschlagnahmt und das Schöffengericht Berlin-Mitte sie schließlich zu je 3000 M. Geldstrafe verurteilt. In der von den beiden angelegten gerichtlichen Berufungsverhandlung trat ihr Verteidiger A. Dr. Schwind durch Sachverständige und Zeugen dafür den Beweis an, daß die Angeklagten durch ihren Einkauf bei Großhändlern und ihre Abgabe der Waren ohne Ladengeschäft, also als Hausierer keine außergewöhnliche Zwischenhändler im Handel gebildet hätten. Von einem Kettenhandel könne also keine Rede sein, ebensowenig hätten sich die Angeklagten der Preistreiberei und des versuchten Betruges schuldig gemacht. Das Gericht folgte auf diesen Ausführungen und sprach beide Angeklagten frei unter gleichzeitiger Freilassung ihrer beschlagnahmten Stoffe, von denen heute das Meter 300 M. wert ist, so daß die Händler infolge der gerichtlichen Verkaufssperre über Nacht zu Millionären geworden sind.

Parteiwetter. Am Montag verlor unser altes Mitglied, der Genosse Gustav Brödenfeld. Seine Tätigkeit für den Sozialismus reicht bis zum Sozialistenaufstand zurück. Damals wie heute hat er in allen Situationen seinen Mann gehalten und bis auf den letzten Tag für den Sozialismus gekämpft. Abwehrt er allen häßlichen Genossen ein Vorbild sein. Die Genossen der 6. Abteilung werden ersucht, sich an der am Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Neuen Jacobi-Kirchhof, Neufuß, Hermannstraße, stattfindenden Beerdigung recht zahlreich zu beteiligen.

Sprechstunde für die proletarischen Arbeiterinnen heute abend 7 Uhr in der Aula der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17, Uebungsstunde. Text zur Erläuterung mitbringen.

Jugendweib für den 13. Verwaltungsbezirk am Sonntag, dem 24. September, vormittags 10 Uhr, in der Aula des Raums, Tempelhof, Germaniastr. 4-5. Einladungskarten

Anders liegen die Dinge bei den Gas- und Elektrizitätswerken, um die der Kampf in erster Linie geht. Borewa muß allerdings immer wieder festgehalten werden, daß die Werke trotz der Mängel, die ihnen auch unserer Meinung nach anhaften, keine Defizitbetriebe sind. Sie werfen im laufenden Etatjahr mindestens 400 Millionen Ueberfluß ab. Außerdem sind durch die Einmischung, die damit verbundene Stilllegung verschiedener Werke usw. gegenüber dem früheren Zustand Ersparnisse erzielt worden, die sich auf mehrere hundert Millionen mindestens belaufen. Trotzdem geben wir dem Gutachten der Sachverständigen durchaus recht, wenn sie fordern:

Die neue Organisation der städtischen Werke muß der kommunalen Atmosphäre soweit wie möglich entrückt sein. Die neue Organisation muß die denkbar größte Handlungsfreiheit und Bewegungsfreiheit besitzen. Es ist heute in der Tat so, daß sowohl in der Finanzverwaltung als in der ganzen Bewirtschaftung die bürokratische Handhabung eine außerordentliche Erstickung und teils direkt, vielmehr aber indirekt, eine Verleerung des Betriebes mit sich bringt, die durch rationelle rein kaufmännisch-wirtschaftliche Betriebsführung bedeutend verbilligt werden könnte. Wir haben bereits mehrfach in der „Freiheit“ darauf hingewiesen, daß die städtische Verwaltungsbürokratie nicht ohne weiteres der geeignete Apparat zur Leitung großer Wirtschaftsunternehmungen ist. Dieser unter Gesichtspunkt hat natürlich mit dem Kampf für die Entkommunalisierung nicht des mindesten zu tun. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunen, für die Verwaltung ihrer Betriebe die Formen zu finden, die die größtmögliche kaufmännische Beweiskraft, Verantwortlichkeit der Leitung, technische Vervollkommnung des Betriebes ermöglichen. Eine Verwaltung eines großen Wirtschaftsunternehmens auf Grund eines Jahresbudgets ist selbst in Zeiten mit stabiler Währung und sicheren Wirtschaftsverhältnissen, als wir sie heute haben, ein Unding. Heute wird die Bindung der Verwaltung an den Etatentwurf, an den oft schwerfälligen Instanzen zu einer Demmung, die Konkurrenzfähigkeit der wirtschaftlichen Unternehmungen der Kommunen unter Umständen gegenüber der Privatindustrie (abgesehen abt es da auch mehr wie genaue Bürokratieverwaltung) schwächt. Die Bevölkerung hat aber ein Interesse am öffentlichen Besitz nur dann, wenn der öffentliche Besitz die billige und rationelle Produktionsform ist.

Leider hat der Magistrat in der Frage der Organisation der Werke bisher aus Gründen verlagert, die offenbar auf rein personellem Gebiet liegen. Es ist in dem Gutachten darauf hingewiesen, daß der Sachverständigenrat des Oberbürgermeisters, der ein fünfstelliges Direktorium an die Spitze der Werke stellen und die gesamte Verwaltung aller Werke an einer Stelle zentralisieren will, sich ganz in den hergebrachten bürokratischen Formen bewegt. Demgegenüber stand der Vorschlag des Stadtbaurats Herten, die Verwaltung der einzelnen Werke zu dezentralisieren, um unter ihnen durch Konkurrenz der einzelnen Werke die rationelle Betriebsweise zu ermitteln und an die Spitze nur ein leitendes Büro als Kontroll- und Ausgleichsinstanz zu setzen. Die Sachverständigen sind der Meinung, daß dieser Vorschlag bedeutend besser sei. Sie vermissen nur das Eingehen auf die Frage der Kapitalbeschaffung.

Die Frage der Kapitalbeschaffung für die Werke ist aber nur angeht, um den aus dem ganzen Zusammenhang herausfallenden Vorschlag der Auslieferung der Werke an das Privatkapital vorzubringen. In Wirklichkeit werden die Werke, wenn sie Kapital gebrauchen, und wenn auf dem Geldmarkt überhaupt Kapital zu haben ist, jederzeit Kapital erhalten können, wenn ihre Organisation und Verwaltung auf die notwendige kaufmännische Höhe gebracht ist.

Die Berliner Arbeiterschaft ist an diesen Fragen viel mehr interessiert, als ein großer Teil von ihr weiß. Wir haben, wenn wir für die Erhaltung des kommunalen Besitzes kämpfen, in keiner Weise eventuelle gruppenegoistische Interessen im Auge. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß gruppenegoistische Interessen auch einzelner Arbeiterkategorien immer hinter das Gesamtinteresse gestellt werden müssen. Die Arbeiterschaft, die für die Erhaltung der Werke kämpft, kämpft damit für ihre eigene politische Zukunft. Wirtschaftliches wie politisches Verständnis für die kommunalen Aufgaben muß deshalb die Vertreter der Arbeiterschaft im Stadtparlament veranlassen, die Organisation des städtischen Besitzes mit aller Energie in die Hand zu nehmen. Frei von jedem schablonenhaften Denken darf dabei nur der eine Gesichtspunkt die Arbeitervorteile sein: jede Steigerung der Produktion, jede Förderung der Rentabilität, jeder Schritt zum weiteren musterhaften Ausbau des kommunalen Besitzes ist letzten Endes ihr ureigenster Erfolg.

sind in den Verkaufsstellen des Konsums und bei den Funktionären zu haben.

Die Einziehung der Umsatzsteuer, die bisher der Stadtgemeinde oblag, acht mit dem 1. Oktober d. J. auf die Reichsfinanzverwaltung über. Die Umsatzsteuerkassen Groß-Berlins bleiben zwecks Vorbereitung der Uebergabe am 28. 29. und 30. September 1922 für den Publikumverkehr geschlossen.

Die Feststelle „Groß-Berlin“ aufgelöst. Nach einer Beschlusnahme des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, die dieser zugleich auch als Staatskommissar für die Volksernährung erließ, ist die im Jahre 1916 gegründete Feststelle Groß-Berlin aufgelöst worden. Der Kommunalverband Feststelle „Groß-Berlin“ hatte während des zweiten Teiles des Krieges und in der Nachkriegszeit die Aufgabe übernommen, den Verkehr und Verbrauch von Milch und Speisefetten zu regeln sowie Höchstpreise für diese Nahrungsmittel in den Stadtkreisen, Gemeinden und Gutsbezirken, die zum Verbands-Groß-Berlin gehörten, an zu regeln.

Sturm Schäden in Berlin. Der gestern nachmittags herrschende, überaus starke und böse Wind hat in einer ganzen Reihe von Fällen schwere Unfälle verursacht, die jedoch bis zur Stunde ohne Beschädigung von Menschen abgelaufen sind. Besonders auf den freieren Plätzen, wo der Wind seine ganze Kraft entfalten konnte, gab es herabgeschleuderte Regler, zerbrochene Fensterscheiben, in sogar herabgeworfene Firmenschilder in Menge. Aber auch im Stadtbinnen war das Passieren der Straßen nicht ganz ohne Lebensgefahr, selbst an verhältnismäßig geschützten Stellen, wie an der Leipziger- oder Marxparkstraße und in der Nähe des Alexanderplatzes floßen große Spiegelsteine, vom Sturm aus den Fensterrahmen gedrückt, auf die Straße, ohne daß jedoch zufällige Passanten verletzt wurden.

Gewerkschaftliches

Der britische Gewerkschaftskongress

In der ersten Septemberwoche tagte in Southport der Kongress der englischen Gewerkschaften. Mit dem Ergebnis dieses Kongresses beschäftigt sich N. B. Walker in der letzten Nummer des Nachrichtenendienstes der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, wobei er zu folgenden Feststellungen kommt:

Die Gewerkschaften sind gegenüber den üblen Erfahrungen der letzten Jahre nicht gleichgültig. Namentlich zwei Fragen haben dies bei der Southporter Tagung geseigt: die Stellung zu der internationalen Lage und zu der englischen Regierungskoalition. Die Resolution zu der internationalen Lage weist mit vollem Recht darauf hin, daß, was die offiziellen Staatsmänner nicht zu begreifen scheinen, die Depression der britischen Industrie mit ihren Folgen (Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Verschlechterung der Lebenshaltung) eng zusammenhängt mit dem großen Problem der allgemeinen Weltkrise. Die Redner, die sich dazu äußerten, hatten diese Zusammenhänge klar herausgeschält. Vor dem Kriege war die englische Arbeiterbewegung vielleicht die von der Welt am meisten abgeschlossene. Heute ist der internationale Geist der englischen Arbeiterbewegung das hervorstechendste Zeichen.

Die bürgerlichen Parteien haben wiederholt erklärt, daß eine Arbeiterregierung wegen ihrer Unerfahrenheit in der auswärtigen Politik ein Fehlschlag wäre. Aber seit dem Kriege hat es sich geseigt, daß gerade die Koalitionsregierung in dieser Beziehung völlig verlagert hat, und daß die Arbeiterpartei die einzige Partei ist, welche die Fähigkeit und den Mut besitzt, eine der internationalen Situation angemessene Politik zu treiben.

Der Kongress hat sich auch mit der Frage der Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Aktion befaßt. Der Streik der Metallarbeiter, bei dem 50 verschiedene Organisationen der Metallindustrie beteiligt waren, hat erwiesen, daß eine Vereinheitlichung notwendig ist. Auch die Weigerung der Arbeitgeber, mit verschiedenen Gewerkschaften gleichzeitig zu verhandeln, weist auf die Notwendigkeit hin, daß in Fragen, die die gesamte Arbeiterklasse eines Industriezweiges betreffen, eine größere Geschlossenheit notwendig ist. Heute gibt es verschiedene Gruppen von Gewerkschaften und Vereinigungen, so die Bergarbeiter-Vereinigung, die Vereinigung in der Stahl- und Eisenindustrie, im Baugewerbe, in der Textilindustrie, im Schiffbau, im Transportgewerbe usw. Aber dieser Vereinigungen genügen nicht, es muß ein inniges Zusammenarbeiten von obenher einsetzen, und diesem Zweck diene eine vom Verbandsrat vorgelegte Entschliessung.

Southport hat nicht alle Hoffnungen erfüllt, aber der Kongress bedeutet dennoch einen Fortschritt und hat Anregungen zu einem engeren Zusammenhänge der Gewerkschaften gegeben.

Generalversammlung der Gemeindefahrer

In der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Dienstag in Doekers Festsaal berichtete Gärne über den Verlauf des Magdeburger Verhandlungsstages.

Das Bestreben, alles auszuschießen, was zu unnötigen Auseinandersetzungen hätte Anlaß geben können, sei in anerkennenswerter Weise zur Geltung gekommen. Die Haltung der Berliner Kollegen habe ein erwünschtes Verständnis auf dem Verhandlungsstadium gefunden. Der Antrag, die Wahl der unbefolgten Mitglieder auf dem Verbandstag vorzunehmen, sei mit überwiegender Mehrheit angenommen worden. Doch sei bei der Zusammenkunft des Vorstandes allen Parteien Rechnung getragen worden. Durch den Beschluß, einen Verbandsausschuß zu wählen, sei eine Vermittlungsinstanz zwischen Ortsverwaltungen und Hauptvorstand geschaffen worden. In den aus 30 Mitgliedern bestehenden Beirat habe Berlin drei Mitglieder und drei Stellvertreter zu wählen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß der Verbandstag seine Aufgaben erfolgreich gelöst habe.

Während der anschließenden Aussprache wurden zwei Anträge eingebracht. In dem ersten wird von den Verbandsmitgliedern im Zentralmagazin die Haltung der Berliner Delegierten auf dem Verbandstag gebilligt, insbesondere die Erklärung der Delegierten, die sich gegen das Austreten des Genossen Sabath als Vertreter des ADGB und Schulz vom Hauptvorstand wendet. Dieser Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Der zweite Antrag mißbilligt das Verhalten der drei Berliner Delegierten Scharlau, Hepperich und Schumberg, weil sie entgegen dem Beschluß Berlins, die unbefolgten Vorstandsmitglieder nicht auf dem Verbandstag zu wählen, gestimmt haben.

Schumberg wandte sich gegen diesen Antrag. Zu einer Mißbilligung liege kein Grund vor. Er könne für sich wie auch für die anderen beiden Kollegen erklären, nur nach Ueberzeugung gehandelt zu haben. Im übrigen würden auch nur die Wähler über ein Mißtrauen zu befinden haben, und von diesen liege ein derartiger Antrag nicht vor. Der Antrag wurde schließlich bei großer Stimmenthaltung angenommen.

Hierauf folgte die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandsbeirat. Ein Vorschlag, von allen drei im Verband vertretenen Parteien je drei Mitglieder auf die Liste für die Urwahl zu setzen, fand die Zustimmung der Versammlung. Kandidaten sind: von der SPD, Kiel, Erich May und Krause, von der U.S.P., Kammermeier, Hermann und Schmidt, von der A.P.D., Urban, Zichmann und Birth.

Ueber die ob Oktober vorgesehene Regelung der Beiträge wurde von Hoffmann berichtet. Das Eintrittsgeld soll für männliche Mitglieder 10 M., für Frauen und Jugend-

liche 5 M. betragen. Als Grundbeitrag sind in den Klassen 1 bis 5 zu entrichten: 28, 22, 14, 10 und 4 M., als Lokalaufschlag 8, 6, 4 und 2 M. Für pensionierte Mitglieder stellt sich der Grundbeitrag auf 1 M. wöchentlich.

Vor Schluß der Versammlung wurde noch ein Antrag gestellt, der vom ADGB, die Einberufung eines Betriebsrätekongresses verlangt. Bei der Aussprache über diesen Antrag kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Vor der Abstimmung verließ ein erheblicher Teil der Anwesenden demonstrativ das Lokal. Von den Zurückgebliebenen wurde der Antrag angenommen.

Lohnbewegung in der Landschaftsgärtnerei

Das letzte Lohnabkommen, welches vereinbarungsgemäß zunächst nur bis zum 15. September d. J. Geltung hatte, wurde von dem Arbeitgeber-Verband gekündigt. Bei den am 14. d. M. geführten Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber-Vertreter, daß die letzte Lohnregelung unter dem Eindruck des plötzlichen Emporschnellens des Dollarkurses in übereilter Weise zustande gekommen sei. Aus diesem Grunde könne eine Lohnerhöhung nicht in Frage kommen, vielmehr sei eine Revision des letzten Abkommens in Erwägung zu ziehen. Man versuchte den Nachweis zu erbringen, daß eine weitere Preissteigerung nicht eingetreten ist.

Die Arbeitnehmer-Vertreter erklärten, daß bei der Neueinstellung der Löhne nur auf Grund der Feuerungsverhältnisse verhandelt werden könne. Da es sich hier vorzugsweise um Saisonarbeit handelt, und unbefristet eine erhebliche Preissteigerung eingetreten sei, müsse ein entsprechender Lohnaufschlag gefordert werden.

Erneut geführte Verhandlungen verliefen ergebnislos. Ein endgültiger Beschluß über die eventl. Zugeständnisse soll am 25. d. M. erfolgen. Die Arbeitnehmer werden am darauffolgenden Sonntag zu der neu geschaffenen Situation Stellung nehmen. Von dem Verhalten der Arbeitgeber wird es abhängen, ob eine Verständigung herbeizuführen ist. Laut Manuskript sind bis zur erfolgten Neuregelung die bisherigen Löhne: für Obergärtner und Anlageleiter 83 M., für Gärtner nach einjähriger Brantentätigkeit 60 M., für Gärtner im ersten Jahre der Brantentätigkeit 57 M., für Arbeiter 54 M. und für Arbeiterinnen 34 M. weiter zu zahlen. Kein organisierter Berufsangehöriger darf unter diesen Sägen arbeiten.

Alle Verträge gegen den Tarifvertrag sind umgehend dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Verwaltung Groß-Berlin, Berlin S. 42, Luisenufer 1 zu melden.

Unternehmerfreheiten im Konditoreigewerbe

Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird und geschrieben:

Mit allen Mitteln versuchen eine ganze Anzahl Konditoreibesitzer ihr Personal von den Organisationen fernzuhalten.

So ließ jetzt der Bäckermeister und Konditoreibesitzer D. Möhring, Charlottenburg, Leibnizstr. 45, der noch Filialen Kurfürstendamm 218 und Pariser Str. 41 besitzt, einzeln sein Personal nach dem Kontor kommen, forschte sie aus, ob sie dem Verband angehört und ermahnte sie recht väterlich, doch die hohen Beiträge nicht zu zahlen, das Geld könnten sie sich doch sparen, sie würden auch so ihren Tariflohn erhalten. — Herr Möhring hat wohl schon vergessen, daß wir ihn schon manchmal erst nachdrücklich an die Bezahlung der tarifmäßigen Löhne mahnen mußten. Herr Möhring vergißt wohl auch, daß er heute noch das weibliche Personal entgegen den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen länger als acht Stunden zur Arbeit zwingt. Vielleicht nimmt einmal die Gewerbebehörde Notiz davon. Herr Möhring, der selber mit in der Tarifkommission sitzt, erklärt dort immer, daß vor allem der Lohn für das weibliche Personal viel zu hoch sei und daß die Konditoreibesitzer ihre Betriebe schließen müßten, wenn die Löhne noch weiter erhöht würden.

Wie hoch sind nun die Löhne? Eine Verkäuferin erhält je nach Alter zwischen M. 855.— und 1154.— pro Woche ausgezahlt. Dafür soll sie sich voll beschäftigen, Wohnung und Fahrgehalt bezahlen und stets sauber und anständig geputzt geben, dafür geht aber ihr Dienst bis nachts 1 Uhr.

Aber warum sind die Konditoreibesitzer solche Gegner der Organisation ihrer Arbeitnehmer? — Trotz der ungeheuren Teuerung sind neue Lohnverhandlungen schon zweimal gescheitert. Nun ist der Schlichtungsausschuß angerufen. Die Konditoreibesitzer sind nach ihren Kenntnissen schon alle pleite; wir können aber jederzeit feststellen, daß das Konditoreigewerbe es auch heute ausgezeichnet versteht, die Konjunktur auszunutzen.

So hat erst dieser Tage der Inhaber eines mittleren Geschäftes mit Hilfe seiner Angestellten einen ganzen Tag dazu gebraucht, mehrere Zentner noch recht billig eingekaufter Schokolade mit neuen Preisen zu versehen, und schmunzelnd meinte er dann: „Na, ich verdene an jeder Tafel über M. 50.—“

Desto spendabler war eine der größten Firmen, die ihren Angestellten eine einmalige Wirtschaftshilfe von M. 100.— auszahlen ließ. Auf nochmaliges Vorstellen des Betriebsrates war sie bereit, jedem Angestellten noch einmal ein Brot zu verabfolgen. Ob dieses generöse Entgegenkommen von den Angestellten angenommen worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Merksblätter für Betriebs- und Beamtenträte der Reichsbahn

Die neue Nummer 9 der Merksblätter für Betriebs- und Beamtenträte der Reichsbahn, herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, bietet einen Einblick in die Tätigkeit des Haupt-Schlichtungsausschusses beim Reichsverkehrsministerium. Eine Reihe sehr wichtiger Entscheidungen dieser zentralen Schlichtungskörperschaft, die unter der Leitung des unparteiischen Vorsitzenden Regierungsrats Dr. Georg Platon gefaßt worden sind, werden wiedergegeben und erläutert. Außerdem beschäftigt sich ein Artikel der Nummer mit den Dienstdauervorschriften für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Reichseisenbahnen, welche die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterchaft auf sich gelenkt haben.

Der Leitartikel der Nummer bezieht sich auf die soeben abgeschlossene Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in München, und außerdem sind in der 32 Seiten umfassenden Nummer Artikel über die „Mechani-

sche Entleerung von Eisenbahnwaggons“ (von Max Günther), über den „Einzug der Beamtenträte“ (von Hans Jahn) und über das Thema „Betriebsvereinbarung und Schlichtungsausschuß“ (von Richard Seidel) enthalten. Auch kürzere Beiträge der Nummer enthalten reiches Material.

So dürfte auch diese Nummer der Merksblätter das Interesse der Arbeiterchaft und insbesondere der Betriebsvereinigungen weit über den Kreis der Arbeitnehmer der Reichsbahn hinaus erwecken.

Der Streik der Rohrleger, Helfer und Banhandwerker

Der Streik wird verschärft weitergeführt. Wie wir von der Streikleitung erfahren, versuchen die Unternehmer, auf Umwegen zu einer Fertigstellung ihrer dringenden Arbeiten zu gelangen. Es laufen eine große Anzahl von Anträgen ein, die die Ausführung von sogenannten Notstandsarbeiten betreffen. Würde die Streikleitung allen diesen Anträgen stattgeben, so gäbe es bald keine anderen Arbeiten mehr, als „Notstandsarbeiten“. Einzelne Auftraggeber haben sich auch bereits an das Reichsarbeitsministerium gewandt und dieses zum Eingreifen aufgefordert.

Es sind alle Arbeitsstellen stillgelegt. Vereinzelt arbeiten Streikbrecher. Alle, die bei solchen Arbeiten betroffen werden, müssen auf das Schändliche ihres Treibens hingewiesen werden, und ist der Streikleitung Melchiorstr. 15, Teleph. Nvl. 1854 sofort davon Mitteilung zu machen. Von der Streikleitung werden keinerlei Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben. Jeder, der bei der Arbeit betroffen wird, ist Streikbrecher. Die nächste Streikversammlung findet am Freitag, den 22. September, vorm. 11 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hofenstraße, statt.

Streik im Zentralviehhof beendet

Nach zweitägiger Dauer ist der durch die absehende Haltung der Arbeitgeber verurteilte Streik der Darmstädter Arbeiter auf dem Schlachthof beendet worden. Das geschlossene Zusammenhalten der Arbeitnehmer brachte denselben einen schönen Erfolg. Demnach erhöhen sich die Löhne ab 15. September um 90 Prozent. Der Spitzenlohn beträgt nunmehr bis zum 30. September 1888 M. Durch das rasche Handeln der Organisationsleitung wurden der Allgemeinheit bedeutende Werte erhalten und den Arbeitern ein Lohnaufschlag von 1818 pro Woche gesichert. Außer von der Firma Otto Schröder Lichtenberg, Landwehrbergr Chaussee 11, wurde die Forderung von allen Firmen anerkannt. Die Organisation behält sich gegen diese Firma weitere Schritte vor.

Streik im Altmittelhandels

Die Arbeiterchaft des Altmittelhandels steht seit acht Tagen im Streik. Direkte Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeiterchaft war über die Verschleppung der Verhandlungen durch den Groß-Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels und dessen ablehnendes Verhalten zu den bestehenden Forderungen empört und beschloß einstimmig den Streik. 16 Firmen, die etwa ein Viertel der Arbeiterchaft beschäftigen, haben die Forderungen bereits anerkannt.

Es wird erwartet, daß insbesondere die Transportarbeiter und Expeditionen arbeitslose Solidarität üben und jede Streikarbeit verweigern.

Die Löhne im Berliner Schuhmachergewerbe

Durch Vereinbarung zwischen dem Verein Berliner Schuhmachermesster und dem Zentralverband der Schuhmacher sind folgende Löhne für die zweite Hälfte des Monats September festgesetzt:

1. Der Mindeststundenlohn für männliche Zeitlohnarbeiter und als Affordobasis für neue Arbeiten beträgt: ab 11. 9. M. 70, ab 18. 9. M. 75, ab 25. 9. M. 80.
2. Der Mindestlohn für weibliche Arbeiter und als Affordobasis für Reparaturen beträgt: ab 11. 9. M. 67, ab 18. 9. M. 72, ab 25. 9. M. 77.

ADGB. = Eisenbahner der Richtung Amsterdam. Die auf heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, einberufene Versammlung findet nicht in den Sophien-Sälen, sondern in Graumanns Festsaal, Rannunstraße 27, statt.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Berichterstattung vom Parteitag findet am Mittwoch, den 27. September, über Groß-Berlin in allen Bezirken zugleich statt. In jedem Verwaltungsbezirk kann nur eine Versammlung in Frage kommen, da sonst die Zahl der Delegierten als Berichterstatter nicht ausreicht. Die Distriktsleiter müssen sich insolgedessen über ein geeignetes Lokal verständigen und umgehend dem Büro in Händen des Genossen Hermann Müller davon Mitteilung machen, damit die Berichterstatter über die einzelnen Lokale verteilt werden können.

Donnerstag, den 21. September.

30. Bezirk (Kreuzberg). Die Vorbildung des Genossen Gullian Bränsfeld findet heute nachmittags 8½ Uhr auf dem Neuen Jacob-Altehof, Hermannstraße, statt.

Freitag, den 15. September.

19. Verwaltungs-Bezirk (Königs, Neukölln, Schöneberg, Tempelhof, Hakenfelde). Offizielle Ortsversammlung abends 7 Uhr im Tempelhof, Berliner Str. 14, Eingang Friedrichstr. Sänglingsheim. Tagesordnung: Ueber Winterprogramm. Vortrag des Genossen Koeder. Eltern, erscheint pünktlich und zahlreich.

Gereinskalendar

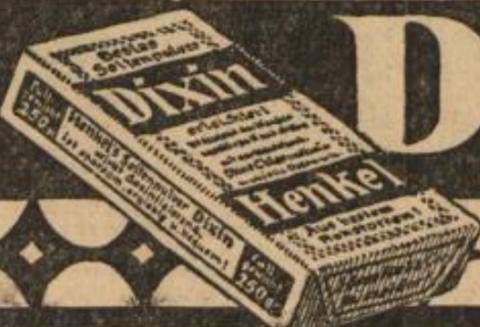
Donnerstag, den 21. September.

Zentralverband der Angestellten. Gemeindefahrer: Die für heute, den 21. September angelegte Funktionärversammlung findet nicht, wie ursprünglich angegeben, nur für die Verwaltungsfunktionäre, sondern für alle Funktionäre der Fahrgruppe Gemeindefahrer statt.

Reichsbund der Kriegsverwundeten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbinnen-Mitgliedern, Ortsgruppe Reichswehr-Club. Abends 7½ Uhr Sitzung und Rechtsaufkunft im „Schützenhaus“ bei Hahn, Neßbergstr. 2. Gäste herzlich willkommen.

Deutscher Wertmänner-Verband. Versammlung aller Wertmänner und technischen Angestellten der Korkwarenindustrie, nachmittags 5 Uhr im Clubhaus, Schmirke.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Raab, Berlin; für den Infanterie- und geschäftliche Mitteilungen: Karl Aschler, Berlin. — Berlins-Genossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Brud von Gehring & Reimers, e. G. m. b. H., Berlin SW, 68, Ritterstr. 75.



Dixin

das dankbare
Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER.
HENKEL & CO., DUSSELDORF